15. Jahrg. / Nr. 155 / Preis für Berlin Auswärts 15 Pf. 10 Pf. — Berlin, Donnerstag, 14. Juli 1932

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommu[illegible]nale)

Redakt.: Berlin C 25, Kl. Alexanderstr. 28, Tel.: E 1 Berolina 5481, Tel.-Adr.: Rotfahne Berlin. Verl.: Verein. Zeitungsverlage GmbH., Berlin C 25, Kl. Alexanderstr. 28, Postscheck: Berlin NW 27 970.

Erscheint täglich außer Montags

Anzeigenverwaltung. Expedition G. m. b. H., Be[illegible] Kurfürst 1825/26. Schlu[illegible] [illegible]eraten-[illegible]on: B 1 [illegible] 16 Uhr.

Bezugspreis vorauszahlb. pro Woche 60 Pf., monatl. 2,60 M. einschl. Trägerlohn in Berlin u. Orten m. eig. Zustellg. Postbezug ausschl. Bestellgeld 2,60 M.: Streifband im Inland 4,20 M.: n. d. Ausland 4,50 M.

Begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Anzeigenpreis: Die 12gesp. Millimeterze[illegible] millimeterzeile 2,50 M. Arbeiterorganis. u. Familie[illegible] Kleine Anz.: Textwort 20 Pf., Ueberschriftsw. 30 Pf. A[illegible] [illegible]gesp. Text-[illegible]limeterz. 20 Pf. [illegible]rift: Wort 5 Pf.

Was sind die Deutschen? Von Adolf Hitler
Lest die „Rote Post"
Morgen neu!

Goebbels-Parade im Wuppertal verhindert / Siehe im Blatt

Größte Kampfkundgebung seit Kapp

70 000 Antifaschisten jubeln im Wuppertal dem Ruf unseres Parteiführers zu

Die Arbeiter der Eisernen Front marschieren mit — Delegationen aus 100 Großbetrieben des Niederrheins — Begeisterndes Bekenntnis zur Antifaschistischen Aktion und für den Sieg der Liste 3!

Wuppertal, 12. 7. Der Massenaufmarsch im Wuppertaler Stadion gestaltete sich zu einem einzigen Triumph des roten Niederrhein. Das Wuppertal erlebte die größte Kampfkundgebung seit den Kapp-Kämpfen. Mehr als 50 000 Werktätige hatten sich im Stadion eingefunden, und in den umliegenden Orten waren weitere tausende und tausende zusammengeströmt, um das gewaltige Ereignis der Thälmann-Kundgebung mitzuerleben. Insgesamt nahmen trotz strömenden Regens zirka 70 000 Arbeiter an dem Aufmarsch teil.

Schon in den frühen Morgenstunden zogen aus den Orten und Städten des Wuppertales die starken Kolonnen der revolutionären Arbeiter nach dem Stadion. In den abmarschierenden Zügen hatten sich starke Gruppen der „Eisernen Front" eingereiht, obwohl die Leitungen der „Eisernen Front" die Teilnahme an der Thälmann-Kundgebung streng verboten hatten. Die größten Betriebe des Niederrheins waren durch über 100 starke Delegationen vertreten.

Gewaltiger Jubel brach los, als der Führer der Kommunistischen Partei, Thälmann, das Stadion betrat.

Der Kampfappell des Genossen Thälmann wurde mit brausendem Jubel aufgenommen. Thälmann sagte in seinem Referat, es wäre an der Zeit, alles zu tun, um die blutige Diktatur des Faschismus in Deutschland zu verhindern. Die Kundgebung finde in einer historischen Stunde statt. Denn während wir hier zum Massenmeeting versammelt sind, haben die belgischen Arbeiter den Generalstreik beschlossen. Unsere gewaltige Heerschau hat nicht nur Bedeutung für euren Bezirk, sondern für das gesamte deutsche Proletariat, das mit größter Aufmerksamkeit und tiefster Leidenschaft in den letzten Wochen euren einheitlichen Massenkampf gegen den Faschismus beobachtet hat. Wir wissen, daß die Regierung sich zur Aufgabe gestellt hat, die unmittelbare Aufrichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland durchzuführen. Aber wenn diese Regierung glaubt, ihre Tributpolitik und ihre Notverordnungsmaßnahmen, gestützt auf die Bajonette der Reichswehr, auf die Pistolen der Schupo und auf die SA.- und SS.-Abteilungen in Deutschland durchführen zu können, so sagen wir ihr, nicht nur von dieser Stelle, sondern in ganz Deutschland:

Ihr habt zu rechnen mit den Millionen Arbeitern und Arbeiterinnen, mit der revolutionären proletarischen Jugend, mit den kampfgewillten Arbeitermädels. Ihr habt zu rechnen mit der Partei, die bei den ausgebeuteten Massen steht, die mit ihnen kämpft, die nie und nimmer vor der blutigen faschistischen Diktatur kapitulieren wird. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Seit der Zeit, in der das Dekret zur Legalisierung der SA. und SS. erlassen wurde, wurden mehr als 35 antifaschistische Kämpfer in Deutschland ermordet, durch den feigen Meuchelmord der braunen Mordpest niedergestreckt. (Brausende Pfuirufe.) Allein am letzten Sonntag wurden 17 Tote und 191 Verletzte in Deutschland gemeldet. (Erneute stürmische Empörungsrufe.) Ich glaube, wir können mit vollem Recht sagen, wenn die deutsche Kommunistische Partei nicht schon vor Wochen den Kampfruf zur Organisierung der Antifaschistischen Aktion herausgegeben und die sofortige Organisierung tatkräftig in Angriff genommen hätte, dann wäre die Zahl der Opfer des faschistischen Mordterrors in Deutschland schon viel größer. Die Kommunisten werden alles tun, um Hitler den Weg zur Macht zu versperren

Wir stellen euch Antifaschisten vor eine große historische Aufgabe. Wir wollen Schluß machen mit dem ganzen System der finanzkapitalistischen Diktatur. Wir wollen die Herrschaft der Arbeiter und Bauern. Wir wollen den Sozialismus. Wir Kommunisten, die einzigen Führer des antifaschistischen Kampfes, sagen: Wir wollen nach russischem Muster den verschlungenen Knoten der kapitalistischen Krise zerhauen. Dafür am 31. Juli millionenfach demonstriert, dafür durch die Wahl der Liste 3 ein machtvolles Bekenntnis abgelegt.

Die Aufforderung Thälmanns, den russischen Weg zu beschreiten, löste beispiel' se Begeisterung aus. Mit derselben Begeisterung wurde das Antifaschistische Kampfgelöbnis abgelegt. Die Zehntausende waren sich bewußt, daß von dieser Kundgebung aus eine Welle kühnster und offensivster Kämpfe in den Betrieben, auf den Stempelstellen, überall, gegen den Faschismus ausgehen wird. (Ein längerer Auszug aus der Rede Thälmanns siehe im Blatt.)

Rotes Berlin überschwemmt den faschistischen Westen

Gestern marschierten im faschistischen Westen Berlins die Kampfbataillone des Berliner Proletariats auf. Der Rudolf-Wilde-Platz und der Wittenbergplatz waren in kurzer Zeit von den anmarschierenden Massen überfüllt. Zahlreiche Reichsbannerarbeiter und SPD.-Arbeiter hatten sich auf den Plätzen eingefunden und begrüßten die anmarschierenden Demonstranten mit dem Gruß der „Eisernen Front".

Auf dem Wittenbergplatz sprachen zu den Massen die Genossen Olbrisch, Grasse und Anne Leibrandt, auf dem Rudolf-Wilde-Platz die Genossen Torgler, Gensch und Schwenk. Nach den Ansprachen wurde das Kampfgelöbnis des Antifaschistischen Einheitskongresses verlesen und begeistert von den Massen mitgesprochen.

Der Abmarsch von den Demonstrationsplätzen gestaltete sich zu einem wahren Triumphzug durch den faschistischen Westen. Selten war eine Demonstration so diszipliniert und von Kampfgeist erfüllt aufmarschiert, wie am gestrigen Tage. In strasser Disziplin marschierten die Mitglieder der Schutzstaffeln aus den Arbeiterstraßen und Siedlungen von Groß-Berlin. Der überwiegende Teil der Demonstranten waren jugendliche Arbeiter, die, von heißem Kampfwillen begeistert, sich in die antifaschistischen Massenselbstschutzstaffeln eingereiht haben.

Der gestrige Aufmarsch des roten Berlin war ein Kampfgelöbnis für die Antifaschistische Aktion, für die Verteidigung der Kommunistischen Partei und der revolutionären Massenorganisationen, ein Massenaufmarsch gegen die braune Mordpest, eine rote Mobilmachung für die Liste 3, die Liste aller Antifaschisten.

Junkers-Werke streiken gegen Mord-SA.

Magdeburg, 13. Juli. (Eig. Drahtber.) Die Beerdigung des am Sonntag von der SA. feige ermordeten Reichsbannerkameraden Feuerherd in Dessau gestaltete sich zu einer wuchtigen Kundgebung für die Antifaschistische Aktion. Im Zuge wurden weit über 8 000 Demonstranten gezählt. **Fast sämtliche Dessauer Betriebe, u. a. die Belegschaft der Junkers-Flugzeugwerke und der Brauereibetrieb Schultheiß, waren, dem Aufruf der Kommunistischen Partei folgend, in den Proteststreik getreten und gaben dem ermordeten Klassengenossen in geschlossenen Zügen das letzte Geleit.** Am Grabe des ermordeten Reichsbannerkameraden sprach u. a. der kommunistische Landtagsabgeordnete Genosse Kmie, dessen Rede eine wuchtige Kampfansage gegen die braunen Mordbanden, aber auch eine Anklage gegen die SPD. war, die durch ihre Parole „Fenster zu, Straßen leer" den nationalsozialistischen Mordbanden ihr Handwerk erleichterte.

Preußen — Bollwerk der Papen-Diktatur!

Ausnahmeverordnung Severings gegen die KPD.

Polizei zu verschärftem Vorgehen angewiesen — Hugenbergjournaille jubelt — Hitler fordert Belagerungszustand gegen Antifaschisten

Gestern abend sind von Papen und von Gayl nach Neudeck zu Hindenburg gefahren. Das Blatt zur Propagierung des organisierten Arbeitermordes, Hitlers „Völkischer Beobachter" fordert am Vorabend der Besprechung in Neudeck die Verhängung des Ausnahmezustandes. „Will die Reichsregierung die Nation vor einem blutigen Untergang bewahren, dann muß sie den Ausnahmezustand verkünden und mit unnachsichtlicher Strenge dafür sorgen, daß den roten Mordzentralen ein Ende bereitet wird." Gleichzeitig fordert Hugenbergs Presse „schärfstes Vorgehen gegen Kommunisten, vor allem in Preußen, nötigenfalls die Bestellung eines Reichskommissars." In einer Besprechung zwischen von Gayl und den SPD.-Führern hat der Reichsinnenminister ein Vorgehen gegen die braune uniformierte Hitler-Armee strikte abgelehnt. Aber die „Vossische Zeitung" weiß zu berichten: „Lediglich gegen die Kommunisten bestehen im Kabinett Neigungen zu schärferem Vorgehen."

Das Ungeheuerliche geschieht, noch ehe in Neudeck die von Papen und Gayl ein Ausnahmegesetz gegen die Kommunisten beschlossen haben, hat der sozialdemokratische Polizeiminister Severing den Ausnahmezustand gegen die Antifaschisten, gegen die Antifaschistische Aktion, gegen die Kommunistische Partei verhängt. Unter Berufung auf die Verordnung des Papen-Kabinetts vom 14. Juni soll „auf jeden Fall" durch die Polizeibehörden ein Verbot von Veranstaltungen erlassen werden, wenn nach Meinung der Polizei der „Schutz der Staatsbürger nicht gesichert" ist.

Unter Berufung auf die gleiche Notverordnung des Papen-Kabinetts werden die Polizeibehörden angewiesen, „bei unbefugtem Waffentragen, die längstmöglichste Haft der auf frischer Tat ertappten Täter anzuordnen." Ohne richterliche Anordnung kann eine Polizeihaft bis zu drei Monaten verhängt und durch richterlichen Spruch eine abermalige dreimonatliche Haft verfügt werden.

Die faschistische Hugenberg-Journaille, die gesamte bürgerliche Presse, ist von dem Severing-Erlaß begeistert.

„Wir begrüßen diesen Appell des preußischen Innenministers und pflichten seinen Ausführungen über den politi-

schen Mordterror voll bei"... „In diesem Sinne müssen wir annehmen, daß Severing bereit ist, „die bisherige nachsichtige Haltung gegenüber den Vorgängen in den kommunistischen Terrororganisationen durchgreifend zu revidieren."

Ebenso heuchelt Hugenbergs „Nachtausgabe" den Severing-Erlaß und bemängelt lediglich: „Die Erlasse des preußischen geschäftsführenden Innenminister Severings kommen reichlich spät." Das Zentralorgan der Severing-Partei bringt die Polizeierlasse seines Parteigenossen selbstverständlich auf der ersten Seite und richtet seine Adresse beschwörend an die Reichsregierung, die preußische Regierung doch gewähren zu lassen, „oder will man der Polizei die Aufrechterhaltung von Ordnung und Ruhe ganz unmöglich machen?"

Fürwahr, die Hugenberg und Hitler haben allen Anlaß, Severing-Preußen zu beheucheln. Die Antifaschistische Aktion hat in den wenigen Wochen ihres Bestehens Millionen von Werktätigen in ihren Bann gerissen. Sie hat die Provokateure der braunen Mordarmee, wie Goebbels auf einer Gauführertagung Berlins angstvoll ausrief, „in die Defensive gedrängt", „in den Kessel hineingetrieben". Sie hat den Widerstand der Hungernden entfacht gegen die notverordnende Sozialreaktion. Sie hat in Zehntausenden von sozialdemokratischen und Reichsbannerarbeitern den trotzigen Willen zum gemeinsamen antifaschistischen Kampf über den Kopf der SPD.-Führer, über die Spalter der kämpfenden Einheit hinweg entzündet.

Um die antifaschistischen Kämpfer unter die Gewalt der Bajonette zu zwingen, fordert Hitler den Ausnahmezustand. Um Preußen als Bollwerk der Papenschen Notverordnungsdiktatur zu erhalten, ordnet Severing den verschärften Einsatz der staatlichen Macht Preußens an.

Papens Notverordnung als Handhabe des polizeilichen Vorgehens gegen die Arbeiterschaft in Preußen! Drei Monate Schutzhaft für jeden antifaschistischen Kämpfer, der sich der braunen Mordpest erwehrt, in Severing-Preußen. Demonstrationsverbot für die Antifaschisten im Severing-Preußen! Während die SA.-Banden Gewerkschaftshäuser stürmen, während sie Kommunisten und Reichsbannerarbeiter wie tolle Hunde niederknallen!

Das ist die „Einheitsfront" der SPD.-Führer in ihrem wahren Gesicht. Dafür fordern sie von uns, daß wir sie nicht angreifen sollen, dafür verbieten sie den sozialdemokratischen Arbeitern, „jede gemeinsame lokale Aktion streng zu vermeiden."

Höher das Sturmbanner der Antifaschistischen Aktion! Mächtiger formiert die Millionenfront der roten Einheit! Massenmobilmachung zur Verteidigung der bedrohten Kommunistischen Partei! Am 31. Juli ein Massenbekenntnis abgelegt für die Partei der antifaschistischen Tat! Jetzt und sofort in den Betrieben, den Stempelstellen und den Gewerkschaften den Massenprotest entfaltet gegen die Polizeiaktion Severings!

Die Partei in Millionen Arbeiterherzen

Wir sind wieder mitten drin in der Hetzkampagne gegen die Kommunistische Partei. Verbot, fordern „Börsenzeitung" und „Lokalanzeiger", „Standrecht und Maschinengewehr", gröhlt das hitlerische Sadistenpack in der Hedemannstraße. Im Reichswehrministerium — es sind sehr gute Quellen, auf die wir uns beziehen — schnarren Monokel-Majors ungeduldig, wann man denn endlich mit der KPD. Schluß mache. Das Reichskabinett klügelt darüber, wie man möglichst widerstandslos die Kommunistische Partei abwürgen könne, und Herr von Schleicher soll in dieser Richtung bereits einige bemerkenswerte Vorschläge gemacht haben, über die Papen und Gayl in diesen Stunden mit Hindenburg in Neudeck konferieren.

Es ist kein Zweifel daran erlaubt, daß es der faschistischen Reaktion mit ihren Verbotsplänen außerordentlich Ernst ist. In einem Augenblick, wo sie mit Stahl und Blei die Probleme der kapitalistischen Krise lösen und die Herrschaft der ausbeutenden Mächte „stabilisieren" will, steht ihr mehr denn je die Kommunistische Partei im Wege. Die KPD. ist heute zum entscheidenden Faktor des antifaschistischen Kampfes geworden. Von ihr strömen die Energiewellen aus, die schon Millionen in der Antifaschistischen Aktion erfaßt und in den Kampf gegen den Klassenfeind geworfen haben.

Wer sollabiteten? Die Kapitalisten sagen: die KPD.! Die Arbeiter aber sagen: das kapitalistische System, und damit es abtritt, dazu brauchen wir die KPD. Denn die Kommunistische Partei ist die einzige Arbeiterpartei, und damit auch die einzige antifaschistische Partei.

Hier wird mancher sozialdemokratische Klassengenosse vielleicht ein betroffenes Gesicht machen und fragen: „Sollte meine Partei, in der ich mit zehntausenden anderer sozialdemokratischer Arbeiter bin, keine Arbeiterpartei sein?"

Wir geben auf diese Frage die Antwort, die Genosse Thälmann am 8. Juli den zwanzig SPD.-Funktionären im Karl-Liebknecht-Haus erteilte:

„Der Charakter einer Arbeiterpartei resultiert nicht allein aus ihrer sozialen Zusammensetzung, aus der Zahl der in ihr erfaßten Arbeiter; denn sonst könnte ja das Zentrum, diese Partei Kaliknets und Louis Hagens, die Partei des Prinzen von Löwenstein, die Partei, aus der Papen hervorgegangen ist, schließlich auch eine Arbeiterpartei sein. Der Charakter einer Arbeiterpartei wird bestimmt durch ihr Programm, ihre Politik, durch ihr klassenmäßiges Denken und konsequent revolutionäres Handeln."

Gerade dieser letzte Satz zeigt, worin der fundamentale Unterschied zwischen uns und der Sozialdemokratie liegt. Bebel schrieb einmal — es war noch während des Sozialistengesetzes — an Ignaz Auer, daß der Differenzpunkt mit den Rechten in der Sozialdemokratie darin liege, daß die Sozialdemokratie als Klassenbewegung aufgefaßt werden müsse, die „keinen Kompromiß mit der herrschenden Gesellschaft eingehen kann."

Aber wieviel „Kompromisse" ist die Sozialdemokratie eingegangen?! Wie hat sie mit der Bewilligung der Kriegskredite, wie hat sie mit der Niederschlagung der Revolution durch die von Noske gerufenen Hakenkreuz-Offiziere, wie hat sie mit der Wahl Hindenburgs, des Kommandeurs der Papen-Regierung, alles in den Staub getreten, was Marx, Engels und Bebel die deutsche Arbeiterklasse gelehrt haben!

Es gibt darum nichts Lächerlicheres als die Inanspruchnahme der Führung der antifaschistischen Bewegung durch die Sozialdemokratie. Sie kann nicht führen, weil sie bestenfalls ein „Apparat für Parlamentswahlen und parlamentarischen Kampf ist" (Stalin), weil ihre Führer weder kämpfen können noch wollen, weil die ganze Partei durch Koalition an die Bourgeoisie gekettet und dadurch — siehe den Fall der sozialdemokratischen Zeitungsverbote seitens Severings und Grzesinskis! — selber zum ausführenden Organ der drohen faschistischen Diktatur wird. Jeder Tag sozialdemokratischer Politik beugt die Arbeiterklasse tiefer unter das kapitalistische Joch.

Aber gerade in der jetzigen Periode der imperialistischen Kriege und Revolutionen, in einem Augenblick, wo im Herzen von Europa zwischen Faschismus und Proletariat gewaltige Klassenschlachten geschlagen werden, haben die Arbeiter Deutschlands eine Partei nötig, die das Proletariat zum Kampf um die Eroberung der Macht erzieht, es bereit macht, auf Tod und Leben gegen den Faschismus zu kämpfen, die das Bündnis mit der Sowjetunion, mit dem Proletariat der Nachbarländer herstellt und mit den Befreiungsbewegungen der unterdrückten Völker der ganzen Welt feste Verbindungen anknüpft. So wie im Kriege jede Armee ihren Generalstab haben muß, so bedarf das Proletariat der Kommunistischen Partei. Denn: „Die Arbeiterklasse ohne Kommunistische Partei ist eine Armee ohne Stab." (Stalin.)

Darum gilt es, alle solchen Auffassungen zu zerstören, als seien die Gegensätze zwischen SPD. und KPD. erwachsen aus dem „Eigensinn der Parteibürokraten, die sich nicht einigen können".

Ach, es geht nicht um gute oder schlechte Charaktereigenschaften, es geht darum, ob eine sozialdemokratische Politik fortgesetzt werden soll, die 60 Millionen Werktätige in Hunger, Not und Niederlage gejagt hat. Es geht darum, die alte Welt der Sklaverei zu sprengen, und sie zerbirst nicht durch spontane Aktionen, sondern durch die Vorbereitung, die planvolle Organisierung des proletarischen revolutionären Ausweges. Es geht darum, daß die proletarische Klasse als Führerin eine Partei hat, die durch keine kapitalistischen Querverbindungen im Kampf gegen den Faschismus gelähmt ist. Jene eben zitierten Herrschaften machen aus der Einheitsfront ein arithmetisches Rechenexempel. Wir aber wollen ein politisches Kampfbündnis, bei dem uns jeder willkommen ist, was für ein Parteibuch er auch in der Tasche haben mag, in seinen Adern soll nur antifaschistisches Kampfblut fließen, sein Herz soll nur für den Freiheitskampf des werktätigen Volkes schlagen, in seinem Kopf nur die Erkenntnis von der Notwendigkeit des Sozialismus wohnen.

Vergleicht, Arbeiter und Werktätige aller Schichten, die Geschichte und Taten unserer, der Kommunistischen Partei mit denen der Sozialdemokratie. Die Partei des revolutionären deutschen Proletariats ist in den Stürmen des Krieges, im Brüllen der Kanonen geboren. Zweimal wurde sie in die Illegalität getrieben, 1919 und 1923, weil sie den Kampf um den Sozialismus, den die anderen verrieten und sogar selbst mit Blut und Eisen bekämpften, nicht preisgab.

Das Herzblut von 15 000 Anhängern der Kommunistischen Partei ist geflossen — für den Sozialismus.

Zehntausende Mitglieder der Kommunistischen Partei haben Zuchthaus oder andere Kerkerhaft auf sich genommen — für den Sozialismus.

Die Narben unserer Genossen sind unauslöschliche Zeugen ihres Kampfes — für den Sozialismus.

So wie wir 13 Jahre lang dem Klassenfeind trotzten, so weichen wir auch jetzt angesichts des drohenden dritten Parteiverbots keinen Zentimeter zurück. Die Vokabel „Kapitulation" steht nicht in unserem Wörterbuch. Mit dem Klassenfeind paktieren und uns koalieren — das haben wir nicht gelernt, das lernen wir nicht, das werden wir nie lernen. Das überlassen wir Hitler und Goebbels, Wels und Severing.

Aber wir lehren die Söhne und Töchter der großen Arbeiterklasse den Hammer zu schwingen, der ihre Ketten zerschlägt. Wir lehren sie, ihre Feinde zu erkennen und zu schlagen. Wir lehren sie — ob unterdrückt oder nicht — das verfluchte kapitalistische System zu liquidieren und an seine Stelle die planvolle Ordnung des Sozialismus zu setzen.

Darum hassen uns die Kapitalisten, und darum lieben uns die Proletarier. Denn die KPD. ist überall, wo es darum geht, in den Betrieben den Lohnraub der Unternehmer und auf den Stempelstellen die Unterstützungskürzung für die Arbeitslosen abzuwehren. Die KPD. — das mögen die verbotsgierigen Millionäre und Generale zur Kenntnis nehmen — ist nicht nur auf Parteihäuser und Redaktionen angewiesen; sie hat in der Brust jedes aufrechten Werktätigen eine Freistatt. Millionen werden die Partei sichern, die so oft die Arbeiterklasse vor den Anschlägen des Feindes gesichert hat.

Der Feind will gegen die KPD. zuschlagen, das mit das Elend der Notverordnungen und der Terror der SA. sich noch breiter machen. Nun, wir hämmern unser Schwert fester. Wir werden nicht in die Mauselöcher kriechen, sondern kühner und stärker noch auftreten.

Denn nur die Offensive schlägt den Feind und seine Verbotsabsichten. Nur der proletarische Angriff besiegt den Faschismus!

Nur die millionenfache Stimmabgabe für die Liste 8 gibt dem Klassengegner, daß Deutschlands Arbeiterwelt zur großen Erhebung gegen die faschistischen Diktatoren rüstet.

Und darum, Antifaschisten Deutschlands, her zur starken, stolzen Fahne der Partei!

Goebbels-Parade in Wuppertal von Antifaschistischer Aktion verhindert

Trotz Einsatz von Panzerwagen durch Severing-Polizei / SA. auseinandergetrieben

Wuppertal, 13. Juli. (Eig. Drahtber.) Die Antifaschistische Aktion errang nach der gewaltigen gestrigen Thälmann-Kundgebung in Wuppertal einen neuen Sieg.

Um die Wirkung der gewaltigen antifaschistischen Kundgebung abzuschwächen, hatte die SA. für heute einen Propagandamarsch sämtlicher Stürme durch das ganze Wuppertal von Barmen nach Elberfeld zum Stadion organisiert, wo Goebbels **als Redner angekündigt war. Als in den Arbeitervierteln diese Absicht bekannt wurde, waren in kurzer Zeit die vielen kilometerlangen Anmarschstraßen ein wogendes Menschenheer. 10 000 Kampfbündler, Reichsbannerkameraden, sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter handelten völlig solidarisch, um der braunen Mordpest die nötigen „Ovationen" zu bereiten.**

Trotzdem der Polizeipräsident im letzten Augenblick eine Bekanntmachung erließ, die die Organisation der Antifaschistischen Aktion mit Versammlungs- und Demonstrationsverbot bedroht, und trotzdem die Polizei ungeheure Kräfte mit Gummiknüppeln, **Karabinern, Maschinenpistolen und sogar Panzerwagen einsetzte, gelang es nicht, die antifaschistischen Proletarier von der Straße zu vertreiben.**

Längst war der Zeitpunkt des geplanten Abmarsches verstrichen, aber immer noch verkrochen sich an den Sammelpunkten die SA.-Kolonnen hinter Polizeiketten. Schließlich blieb der SA.-Führung nichts anderes übrig:

sie mußte den ganzen Aufmarsch abblasen.

Am Elberfelder Neumarkt, wo die Arbeiter dicht zusammengeballt demonstrierten, wurde eine SA.-Abteilung, die unter beispiellosem Polizeischutz demonstrierte, von der Antifaschistischen Aktion buchstäblich auseinandergefegt. An mehreren **Stellen der Stadt wurden bewaffnete SA.-Banden von den Arbeitern entwaffnet und 15 Pistolen erbeutet.**

Sogar am Stadion selbst bildeten sich starke Demonstrationen. Dort, wo sich gestern die Heerschau der 70 000 vereinte, sprachen die Hakenkreuz-Redner vor ganzen 6000 aus der Umgebung zusammengetrommelten Hakenkreuzlern, einschließlich der SA., die in verdeckten Lastautos und auf Umwegen nach dem Stadion geleitet wurde.

In die Ausführungen der Hakenkreuz-Redner platzten immer wieder laute Sprechchorrufe: „Rot Front!"

Die Polizei bezog offene Hilfsstellung für die Nazis und **nahm bewaffnete SA.-Leute nur fest, wenn Arbeiter auf sie aufmerksam machten; aber kaum auf der Wache angekommen, waren** die braunen Mordschützen schon wieder entlassen. In der Königstraße jedoch stand buchstäblich vor jedem Arbeiterhaus ein Doppelposten der Polizei mit Maschinengewehrpistolen, rufend: „Fenster zu, Straße frei!" Der Nazi-Obergauführer Schiller durfte mit vorgehaltener entsicherter Pistole unter den Augen der Polizei durch die Straßen rasen.

Antifaschistische Massenkundgebungen

Die Genossen Pieck und Leow vor gewaltigen Massenaufmärschen der Antifaschisten

Halle, 13. Juli. (Eig. Bericht.) Die gewaltigste Massenkundgebung, die Halle seit langem gesehen, wurde von der Kommunistischen Partei auf der Radrennbahn durchgeführt. 12 000 Antifaschisten marschierten auf und begrüßten mit immer neuem stürmischem Beifall den Kampfgefährten von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, Genossen Wilhelm Pieck. Unter immer erneuter Zustimmung der Massen erklärte er: „Der Gruß der Eisernen Front ist die erhobene Faust. Wir sagen allen sozialdemokratischen Arbeitern: die Faust ist nicht zum Präsentieren, sondern zum Schlagen da. Aber die SPD.-Führer schlagen euch die Faust, wenn ihr sie gebrauchen wollt, herunter."

Auch in Merseburg demonstrierten 4000 Antifaschisten unter den Losungen der Antifaschistischen Aktion.

Am Sonntag fanden außerdem in Merseburg, Bitterfeld, Ammendorf, Zeitz und Eisleben Konferenzen der Einheits- und Kampfausschüsse, bzw. der Delegierten aus verschiedenen Orten statt. An allen Konferenzen nahmen zahlreiche sozialdemokratische und Reichsbannerarbeiter teil.

Essen, 13. Juli. Im Zirkus Hagenbeck fand eine überfüllte antifaschistische Massenkundgebung statt. Die Anklagerede des Genossen Leow gegen die Papen-Schleicher-Diktatur und die braunen Mordbanden Hitlers wurde immer wieder mit Beifall begrüßt. Als Genosse Leow erklärte, daß wir keine Bedingungen für die Einheitsfront stellen, außer dem ehrlichen Kampfwillen, daß wir aber den SPD.- und ADGB.-Führern keine Amnestie erteilen, da brauste ein Begeisterungssturm durch die Halle.

*

Aachen, 13. Juli. Die antifaschistische Kundgebung, auf der heute Willi Leow sprach, war die größte aller Kundgebungen, die Aachen in den letzten Jahren gesehen hat. Die tausende Werktätigen und Arbeiter legten ein glühendes Kampfbekenntnis zur Antifaschistischen Aktion ab. Auch die antifaschistischen Kundgebungen, die in der letzten Woche im Aachener Unterbezirk durchgeführt wurden, waren außerordentlich stark besucht.

Zentrale der KP. Belgiens geschlossen

Brüssel, 13. Juli. Nach Redaktionsschluß wird gemeldet, daß die belgische Polizei die Räume des Zentralkomitees der KP. Belgiens besetzt hat.

Zentrale der KP. Belgiens besetzt

Kiel, 13. Juli. Der antifaschistische Proteststreik der Schweißer hat mit einem vollen Sieg geendet. Der SA.-Bandit, der an dem Sturm auf das Ekernförder Gewerkschaftshaus beteiligt war, wurde von der Direktion entlassen. Die Streikenden haben daraufhin die Arbeit wieder aufgenommen.

Die verräterische Rolle der Gewerkschaftsführer zeigte sich bei diesem Streik besonders klar. Sie lehnten jeden Kampf gegen die Nazis ab. Gegen den Willen der reformistischen Betriebsrätin beschlossen die Nieter und Stemmer der Germania-Werft, morgen um 12 Uhr zum Protest gegen den faschistischen Mordterror die Arbeit niederzulegen.

Das rote Berlin greift an!

Rote Kolonnen überschwemmen den Westen

Riesenaufmarsch im faschistischen Viertel Berlins für die rote Einheitsfront, für Liste 3 — Antifaschistisches Kampfgelöbnis im faschistischen Westen — Zahlreiche Reichsbanner- und SPD.-Arbeiter marschierten mit

Unter einem Meer von roten Fahnen marschierten die Neuköllner Proleten. An der Spitze des Zugs befand sich eine Delegation von SPD.-Arbeitern, die begeistert begrüßt wurde. Besonders viel junge Antifaschisten marschierten diesmal mit. Die Straßen waren dicht besetzt von Arbeitern. Viele Reichsbannerarbeiter begrüßten den Demonstrationszug mit erhobener Faust. Im Zuge selbst marschierten neben den Häuserschutzstaffeln und den Kampfbundstaffeln die Neuköllner Betriebe, die Gemeindearbeiter, der Einheitsverband für das Baugewerbe und die roten Sportler. Zahlreiche Transparente mit antifaschistischen Losungen wurden mitgeführt. Die Sammler der Antifaschistischen Aktion arbeiteten erfolgreich.

In straffer Disziplin setzte sich der Zug des UB. Zentrum vom Neuen Markt in Bewegung. Ueberall grüßten spalierstehende Arbeiter mit Rotfrontrufen. Sprechchöre trommelten die Losungen:

„Arbeitsmann, mach dich frei, wähl Kommunisten, Liste 3!"

An den Bankhäusern am Gendarmenmarkt ertönt der Sprechchor: „Bankangestellte, aufgewacht, die RGO. ist eine Macht! Wählt Liste 3!"

In der Rostizstraße braust Begeisterung auf. Arbeiter mit dem Drei-Pfeile-Abzeichen grüßen „Freiheit". „Rot Front" wird ihnen geantwortet. In der Siegfriedstraße lassen die Nazis die Jalousien ihrer Kaserne herunter und verkrümeln sich hinter die Polizei.

Im Kleinen Tiergarten sammeln sich die Arbeiter von Moabit und Charlottenburg. Viele Staffeln des Massenselbstschutzes, des Kampfbundes und der Kampfbundjugend treten an. Am Gustav-Adolf-Platz und am Luisenplatz schließen sich noch kleinere Züge an. Ein Zug von Tausenden marschiert. Eine Gruppe von 100 roten Studenten mit ihrer roten Fahne: „Rote Studenten von der Hochschule" fällt auf. Starke Delegationen der BVG.-Arbeiter, teilweise in Uniform, mit der RGO.-Fahne werden begrüßt.

„Antifaschistische Aktion gegen Hunger, Krieg und Faschismus!" — „Mit der Kommunistischen Partei für Arbeit, Freiheit, Brot!" — „Alle Antifaschisten wählen Kommunisten, Liste 3" leuchtet es von den Transparenten.

Zu einem Zwischenfall kommt es in der Brandenburgischen Straße in Wilmersdorf. Dort ziehen die Arbeiter unter lauten Protestrufen an einem SA.-Lokal vorbei. Ein provozierender SA.-Mann erhält einen Eimer Wasser über den Kopf.

An vielen Stellen wurde den demonstrierenden Arbeitern Zitronenwasser gereicht.

Wörtherplatz. Der UB. Nordost trat in Massen an.

Niederrufe gegen den Mordfaschismus dröhnen gegen die Nazihöhle in der Weißenburger Straße. Türen und Fenster der Kneipe sind dicht verhangen. Ein ganzes Schupokommando steht davor.

Zahlreich sind die Schutzstaffeln vertreten. Schliemannstraße, Choriner Straße, Wichertstraße. Sportler marschieren zum Teil im Dreß. Dann kommen die Betriebe. Voran marschiert die Belegschaft von Jaroslav, Weißensee, die einen guten Sprechchor bildet:

„Wenn alle Arbeiter zusammenstehn, muß Hitler und Papen stiften gehn."

„Heraus aus der Fron, kämpft mit der Antifaschistischen Aktion!"

„Die SA. trägt die Tressen, das Volk hat nichts zu fressen" — „Prolet, mach dich frei, zur Reichstagswahl nur Liste 3" — „Schützt die Sowjetunion!"

Ein Riesentransparent an der Spitze mit der Losung: Gegen faschistische Diktatur — für die Herrschaft der Arbeiterklasse! gab dem Zug des Ostens das Gepräge. Die Polizei verhaftete wiederholt einzelne Arbeiter aus dem Zug heraus und beschlagnahmte Transparente und Fahnen.

Im Zug marschierten neben den Selbstschutzstaffelformationen sozialdemokratische Arbeiter mit den drei Pfeilen am Rockaufschlag.

In allen Arbeiterstraßen reichten Hausbewohner den Marschierenden Himbeerwasser und teilweise auch Zigaretten.

Am Leopoldplatz sind über 4000 Weddinger Arbeiter zum Marsch nach dem faschistischen Westen angetreten. Punkt 5 Uhr setzt sich die Spitze des Riesenzuges in Bewegung. Im Zuge die Kolonnen der Betriebsarbeiter, die Selbstschutzstaffeln der proletarischen Straßen. Transparente, die Erwerbslosenausschüsse.

Drohend die Sprechchöre: „Die SA. trägt neue Tressen, aber das Volk hat nichts zu fressen! Her zur Antifaschistischen Aktion!" und

„Hitler kann uns nicht retten, die Antifaschistische Aktion bricht unsere Ketten! Wählt Liste 3!"

Als der Weddinger Zug auf dem Wittenbergplatz aufmarschiert, wogen schon Zehntausende auf dem weiten Platz.

Du wählst Liste 3!

Darum mußt du dich sofort überzeugen, ob dein Name in der Wahlliste geführt ist.

Sieh auch nach, ob deine Bekannten und Verwandten eingetragen sind.

Die Listen liegen bis 17. Juli täglich von 13 bis 19 Uhr, und am kommenden Sonntag von 10 bis 16 Uhr aus.

Die Auslegelokale stehen an den Litfaßsäulen.

Zwei Massenkundgebungen

Als um 7 Uhr ein Fanfarensignal auf dem Rudolf-Wilde-Platz den Beginn der Kundgebung ankündigte, war der Platz bereits überfüllt, und immer noch ein riesiger Zug.

Unter großem Beifall sprachen die Genossen Torgler, Gensch und Schwenk von verschiedenen Stellen. Sie riefen die Massen zum Kampf gegen die faschistische Papen-Regierung, gegen den Mordterror der Nazis. Der Volksbetrug der Hakenkreuzpartei, ihre Unterstützung der Papen-Notverordnungen, die den Werktätigen neuen Hunger und neues Elend bringen, wurde gebührend angeprangert. Die Nazis unterstützen die Regierung, die in Lausanne neue Schuldenverpflichtungen unterschrieben hat.

Rote Einheitsfront ist das Gebot der Stunde. Die SPD.-Arbeiter werden sich nicht von den Manövern der SPD.-Führer vom gemeinsamen Kampf mit den kommunistischen Arbeitern abhalten lassen. Die Redner wiesen auf den heldenhaften Kampf der belgischen Arbeiter hin.

Dann legten die Zehntausende das antifaschistische Kampfgelöbnis der Antifaschistischen Aktion ab.

Während der Reden kam es wiederholt zu unerhörten Maßnahmen der Polizei. Polizisten zu Pferde ritten in die Menschenmenge. Die Massen antworteten mit einem Proteststurm.

Als die Unterbezirke Ost und Nordost auf dem Wittenbergplatz aufmarschierten, hat die Kundgebung schon begonnen. Jetzt drängen sich Zehntausende Arbeiter und Angestellte auf dem weiten Platz und in den angrenzenden Querstraßen. Unter dem Druck der Massen mußte die Polizei die gesperrte Bayreuther Straße freigeben. Alles ist von den Massen ausgefüllt.

Auf dem Wittenbergplatz sprechen die Genossin Anne Leibbrandt und Genosse Karl Olbrich. Sie fordern die Massen auf, jetzt den Faschismus zu schlagen. Massenstreik gegen den SA.-Terror, gegen Lohnkürzung und Unterstützungsraub. Am 31. Juli Liste 3, das ist der nächste Schlag der Antifaschistischen Aktion.

Dann sprechen die Massen das antifaschistische Kampfgelöbnis. Der Gesang der „Internationale" braust hoch und dröhnt über den großen Platz. 20 Minuten nach 8 Uhr setzen sich die Kolonnen wieder in Bewegung und marschieren durch die Ansbacher Straße ab.

Hier gibt es rotes Fahnentuch!

Ab heute findet täglich der Verkauf von lichtechtem roten Fahnen- und Transparentstoff, 80 Zentimeter breit, Meter 35 Pf.

Fahnenstangen, 1,75 Meter lang, Stück 25 Pf., 2 Meter lang, Stück 30 Pf.

Ziffern, Stück 10 Pf.

an folgenden Stellen statt:

Warenvertrieb Junge Garde, Brückenstraße 10b, von 9 bis 19 Uhr.

Zentrum, UB.-Sekretariat, Sophienstraße 11, von 3 bis 7 Uhr.

Nordost, UB.-Sekretariat, Schönhauser Str. 55, von 3 bis 7 Uhr.

Reinickendorf-West, Lokal Heidebring, Antonstr. 34, von 3 bis 7 Uhr.

Reinickendorf-Ost, Lokal Seidel, Schwedenstr. 2, von 3 bis 7 Uhr.

Moabit, Arbeiterbuchhandlung, Emdener Str. 35, von 9 bis 19 Uhr.

Charlottenburg, Lokal Willmann, Galvanistr. 6, von 3 bis 7 Uhr.

Südwest, UB.-Sekretariat, Kaiser-Wilhelm-Platz 2, von 2 bis 7 Uhr.

Friedrichshain, Lokal Schlie, Weidenweg 68, von 3 bis 7 Uhr.

Lichtenberg, Lokal Spüler, Kronprinzenstr. 15, von 3 bis 7 Uhr.

Gesundbrunnen, Lokal Pritzkow, Putbusser Str. 29, von 3 bis 7 Uhr.

Neukölln, Lokal Wolff, Prinz-Handjery-Str. 66/67.

Spandau, Arbeiterbuchhandlung, Lutherstr. 6, von 9 bis 19 Uhr.

Tegel, Restaurant „Zur Tankstelle", Schloßstraße 20, von 3 bis 7 Uhr.

Schöneweide, Lokal Ständer, Brückenstr. 3, von 3 bis 7 Uhr.

Mariendorf, UB.-Sekretariat, Lankwitzer Str. 28, von 3 bis 7 Uhr.

Köpenick, UB.-Sekretariat, Wilhelmstr. 3, von 3 bis 7 Uhr.

Alle anderen Fahnenartikel, wie Spitzen, Abzeichen usw. sind im Warenvertrieb Junge Garde, Brückenstr. 10b (Jannowitzbrücke) vorrätig.

Berichterstattung vom Einheitskongreß!

An die Delegierten des Bezirkskongresses der Antifaschistischen Aktion!

Werte Genossen!

Wir haben auf unserem Kongreß die nächsten Kampfaufgaben der antifaschistischen Einheitsfront beschlossen. Jeder muß jetzt mithelfen, diese Beschlüsse durchzuführen und neue antifaschistische Helfer zu gewinnen.

Alle müssen mithelfen, damit vor allem folgende Aufgaben durchgeführt werden:

1. In allen Betrieben über den Antifaschistischen Kongreß berichten und beschließen, wie im Betrieb der Kampf gegen die Durchführung der faschistischen Notverordnungen, gegen Naziterror und Naziagitation geführt werden soll. Betriebe, die auf dem Kongreß nicht vertreten waren, sollen durch die Delegierten aufgesucht werden, um gemeinsam mit den Betriebsräten und revolutionären Betriebsfunktionären die Einberufung von Betriebs- und Abteilungsversammlungen zu veranlassen.

2. In allen Gewerkschaftsversammlungen sollen die Anhänger der Antifaschistischen Aktion die Kollegen davon überzeugen, daß aus der Demolierung des Gewerkschaftshauses in Eckernförde usw. die Konsequenzen gezogen werden. Die Kampfkraft der 4 Millionen Gewerkschaftsmitglieder gilt es gegen die faschistische Papen-Regierung einzusetzen durch den gemeinsamen Kampf gegen jeden Lohnabbau, gegen die Beschäftigtensteuer und dergleichen, durch den Kampf gegen die Arbeitsdienstpflicht und gegen die Zerschlagung der Sozialversicherung.

3. In allen Arbeiterstraßen sollen Berichterstatterversammlungen durchgeführt werden zum Kampf gegen Mietwucher, Massensteuern und faschistischen Terror.

Helft mit, daß in allen Stadtteilen und Landgebieten die Delegierten des Kongresses und die Vertreter der Betriebe, des Massenselbstschutzes und der verschiedensten Einheitsfrontorgane zusammenkommen, um die weiteren Kampfmaßnahmen in ihrem Tätigkeitsgebiet einzuleiten.

Vorwärts zu verstärkter Arbeit für die kämpfende Einheitsfront!

Für den Bezirks-Einheits-Ausschuß der Antifaschistischen Aktion
Bruno Langner.

Der Arbeiter-Reporter

In Reinickendorf wurden einer Reihe antifaschistischer Kämpfer Nazi-Mordbriefe durch den Türschlitz gesteckt. Die braune Bande behauptet provokatorisch, ihr seien zwei Fahrräder entwendet worden und droht: „Wir werden uns dafür schadlos halten. Wie, das wird die Kommune an ihrem eigenen Leibe erfahren . . . Wir werden euch in euren Mordhöhlen besuchen!" Arbeiter Reinickendorfs! Verstärkt euren Massenselbstschutz!

*

Vor einiger Zeit erschien um 6 Uhr abends ein Ueberfallauto vor dem Lebensmittelgeschäft Wutke, Große Frankfurter Straße 74. Zwei Proletenkinder im Alter von sechs bis acht Jahren hatten dort aus einer auf der Straße stehenden Kiste zwei Eier entwendet. Wutke, ein Nazi, schlug zuerst die Kinder und holte dann noch die Polizei. Die Arbeiter und Geschäftsleute der Umgegend sind ungeheuer empört über diese Brutalität des Nazi-Kaufmanns!

★

Bewohner des Hauses Bremer Straße 46 sind äußerst erregt darüber, daß die 16jährige Liselotte C. mit Hilfe der Polizei der Mutter entrissen und in Fürsorgeerziehung gebracht wurde. Dem gut erzogenen Mädchen war nichts nachzusagen, aber — die Mutter lebt in nicht staatlich konzessionierter Ehe. Dem Mädchen, das sich beim Eintreten der Polizei im Schlafanzug befand, wurde dieser Anzug förmlich vom Leibe gerissen. Es mußte sich in Gegenwart der beiden Polizeibeamten vollkommen ausziehen. Eine Nachbarin, die mit dem Mädchen in die Küche gehen wollte, wurde daran gehindert.

Heute wird Karl Kubath beigesetzt

Heute wird auf dem Friedhof in Marzahn der parteilose Arbeiter Karl Kubath beigesetzt. Ein faschistischer Kriminalbeamter hat dem Leben dieses Rentners durch einen Herzschuß ein Ende gemacht. Bei einem Zusammenstoß zwischen Arbeitern und Faschisten zog ein Kriminalbeamter die Pistole gegen die Arbeiter. Um ein Unglück zu verhüten, griff Karl Kubath nach der Pistole. In demselben Moment brach er getroffen zusammen. Karl Kubath war 61 Jahre alt und Rentner. Auch ihm hatte die Papen-Notverordnung 6 Mark von seinen Hungerpfennigen genommen. Er sympathisierte mit der Kommunistischen Partei und stand als klassenbewußter Arbeiter aktiv in der Antifaschistischen Aktion. Heute nehmen die revolutionären Arbeiter von dem Kämpfer Kubath Abschied. Ein letztes „Rot Front!" dem ermordeten Kameraden. Sein Tod wird nicht vergessen!

KPD., Zelle 67 S.

Roter Selbstschutz ist die Parole, Reichsbannerarbeiter!

Die von der SA. niedergeschlagenen Kameraden mahnen — Laßt euch nicht aus der roten Einheitsfront drängen!

Am Dienstag wurde in den frühen Morgenstunden der 50 Jahre alte Reichsbannerfunktionär Max Wölfel in der Chausseestraße von Nazibanditen aus der SA.-Kaserne Chausseestraße 82 niedergeschlagen. Der ahnungslos des Weges gehende Max Wölfel sah sich plötzlich von einer Horde Hakenkreuzler umringt, mit Gummiknüppeln und Eisenstücken schlugen ihn die Bestien nieder. Auf ihr schon am Boden liegendes Opfer traten die Bluthunde noch mit ihren Stiefeln herum. Wenn nicht mehrere Arbeiter und die Chauffeure von Kraftdroschken zum Schutze des Ueberfallenen herbeigeeilt wären, d. h., wenn hier nicht die rote Einheitsfront der Tat eingesetzt hätte, hätten die Hakenkreuzler den Funktionär des Reichsbanners Max Wölfel totgeschlagen. Jetzt liegt das Opfer, im letzten Moment noch den Klauen des braunen Gesindels entrissen, mit einem Kieferbruch, mit zerbrochenen Beinen und anderen schweren Verletzungen im Virchow-Krankenhaus.

Nur die Tatbereitschaft von antifaschistischen Arbeitern hat die SA.-Horden im Wedding daran gehindert, einen Werktätigen totzuschlagen. Die Arbeiter, die zum Schutze des überfallenen Reichsbannermitgliedes Wölfel herbeieilten, frugen sich gegenseitig nicht nach ihren Mitgliedsbüchern. Sie ließen sich nicht von der Erklärung der SPD.- und Reichsbannerführer, „die Eiserne Front sei stark genug, sich selbst zu schützen", abhalten, dem Ueberfallenen zu helfen.

Was tun jedoch die SPD.-Führer? Sie rennen zur Regierung der Nazi-Barone und fordern von dem Innenminister Gayl, der die SA. legalisierte, er soll etwas tun gegen die Faschisten. Sie sagen, die Arbeiter sollen ins Grüne fahren, wenn die SA.-Horden durch die Straßen marschieren. Sie fordern die Arbeiter auf, die Fenster und Türen zu schließen, sie verbieten den Reichsbannermitgliedern, sich mit den kommunistischen Arbeitern zur Abwehr von SA.-Bluttaten zusammenzuschließen.

Doch verschlossene Türen und Fenster hindern die braunen Horden nicht. Sie zertrümmern die Fenster, erbrechen die Türen und tragen den Mord in die Arbeiterhäuser.

Was hätten Wölfel und all die zahlreichen anderen SPD.- und Reichsbannerarbeiter, die in den letzten Tagen und Wochen von den Hitlerbanden niedergeschlagen wurden, tun sollen, wenn es nach den SPD.-Führern ginge. Auf einer Mitgliederversammlung des Reichsbanners Ortsverein Wedding am 6. Juli d. Js. erklärte der Referent Ebert u. a.:

Die einzige antifaschistische Einheitsfront sei die „Eiserne Front". D. h. also, die Reichsbannerarbeiter sollen die Hilfe kommunistischer Klassengenossen ablehnen, sie sollen sich niederschlagen lassen.

Weddinger Reichsbannerarbeiter protestieren gegen Einheitsfrontsabotage

Aber der Wille zur Einheitsfront ist stärker unter den Reichsbannerarbeitern. In derselben Sitzung erhoben junge Reichsbannermitglieder ihre Stimme für das gemeinsame Vorgehen aller Arbeiter. Sie beschwerten sich darüber, daß sie von einzelnen Mitgliedern schief angesehen werden, nur weil sie bei Bedrohung kommunistischer Arbeiterlokale durch Nazis den Kommunisten zu Hilfe geeilt sind und einen gemeinsamen Wachdienst mit ihnen eingerichtet haben.

Als der Vorsitzende des Ortsvereins, Gursky, darauf antwortete, daß solche Maßnahmen nur nach Rücksprache und mit Einverständnis der Führung erfolgen dürfen und daß bei Ueberfällen auf kommunistische Lokale erst dann eingegriffen werden soll, wenn die Reichsbannermitglieder mit ihm Rücksprache genommen und seine Einwilligung bekommen hätten, fielen aus der Versammlung entrüstete Zwischenrufe.

Erregt riefen junge Reichsbannerleute: „Bis dahin sind sie ja schon totgeschossen."

Arbeiter aus dem Reichsbanner, aus der SPD! So wie eure jungen Kameraden im Wedding, so antwortet überall den SPD.-Führern, wenn sie euch vom gemeinsamen Vorgehen mit den kommunistischen Arbeitern gegen das braune Mordgesindel hindern wollen. Die Kommunisten sind zu jeder Zeit und Stunde bereit, das Arbeiterleben zu verteidigen.

Den Kommunisten gilt jedes Arbeiterleben wie das eigene.

Wir fragen euch, SPD.-Arbeiter, wollt ihr erst den Vorsitzenden um Erlaubnis bitten bedrohten Klassengenossen zu Hilfe eilen zu dürfen? Wir antworten in eurem Sinne, wenn wir sagen: Das bedrohte Arbeiterleben erfordert die sofortige Tatbereitschaft. Danach handeln wir und lassen uns durch nichts davon abhalten. Vorwärts, in roter Einheitsfront schlagen wir den Faschismus!

Gestern haben die Nazis wieder zwei Reichsbannerarbeiter, diesmal in Oberschöneweide durch Schüsse verletzt. Um die gleiche Zeit eröffneten die Nazis in Lichtenberg gegen das Arbeiterlokal in der Gunterstraße 14, ein Pistolenfeuer. Kurz darauf wurden in der SA.-Kaserne, in der Auguste-Viktoria-Straße 41, 7 scharfgeladene Pistolen, Munition, Totschläger und Schraubenschlüssel gefunden.

Daß es täglich noch zu solchen hinterhältigen Nazi-Bluttaten kommt, daran tragen die SPD.- und Reichsbannerführer ein gerüttelt Maß Schuld. Die SPD.-Führung lehnt nach wie vor den roten Massenselbstschutz ab. Die SPD.-Führer bekämpfen die rote Einheitsfront, wo sie nur können. Severing droht mit einem Verbot des Massenselbstschutzes. Doch die sozialdemokratischen Arbeiter müssen und werden aus den täglichen Ereignissen die Lehre ziehen. Von SA.-Banden niedergeschossene und niedergestochene sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter mahnen zur roten Einheitsfront in der Antifaschistischen Aktion. Wir reichen euch die Hand. Her zu uns, sozialdemokratische Arbeiter! Schlagt mit uns den Faschismus.

Jeder Antifaschist ein roter Wahlhelfer für die Liste 3 KPD

Das rote Berlin aufs Land!

Rüstet zum roten Landsonntag am 17. Juli

Hinaus aufs Land, ist am kommenden Sonntag die Parole des roten Berlin. Es gilt, die notleidenden Landarbeiter, die unter Steuerlasten schuftenden Kleinbauern für die Antifaschistische Aktion, für die Wahl der Liste 3 zu gewinnen.

Heute beginnt in allen Zellen der KPD., in allen Gruppen der proletarischen Massenorganisationen die Vorbereitung.

Jede rote Landkolonne stellt einen Plan für den roten Landsonntag. Flugblätter, Broschüren, die für unsere Landagitation geeignet sind, müssen rangeschafft werden. Für den Landarbeiter, die „Land- und Forstarbeiterzeitung", für den kleinen Bauer die „Illustrierte Bauernzeitung".

Jede Zelle fährt in ihr Patenschaftsgebiet. Mobilisiert alle Radfahrer und Motorradfahrer. Besorgt Lastautos. Ein roter Massenstrom muß sich aus Berlin am kommenden Sonntag auf das Land ergießen. Kein Dorf, kein Gutshof rings um Berlin ohne rote Agitation.

Erinnert daran, Genossen, daß nach den Präsidenten- und Preußenwahlen die Löhne der Landarbeiter abgebaut wurden, weist den Landarbeitern den Weg im Kampf gegen Entlassungen, Exmittierungen, im Kampf gegen die Junkerknechte, die SA. Macht die Güter streikfertig. Organisiert Gutsversammlungen.

Helft den Landarbeitern, den Streik gegen Lohnabbau, für Erhöhung der Löhne und Deputate zu organisieren.

Zeigt der Landbevölkerung, wie der Massenselbstschutz gegen SA.-Terror organisiert wird.

Redet mit den Kleinbauern. Mobilisiert sie zum Kampf gegen Steuern, Pachten, Zwangsversteigerung, Reichsmietengesetz. Propagiert die Bauernkomitees. Holt die Kleinbauern und Landarbeiter zu Versammlungen zusammen. Wenn wir der werktätigen Landbevölkerung in ihrem Kampf helfen, dann werden sie bei der Reichstagswahl nur der KPD. ihre Stimme geben. Auf allen Chausseen, von allen Bäumen, Zäunen, Dächern und Scheunen müssen unsere Parolen rufen:

„Des Arbeiters Not — ist des Bauern Tod!"

„Alle Antifaschisten wählen Kommunisten — Liste 3!"

Jungarbeiter mit Polizeiknüppel erschlagen!

Mit zertrümmertem Schädel starb auf dem 252. Polizeirevier am 7. Juli in den frühen Morgenstunden der 16 Jahre alte Lehrling Werner Neuendorf! Der Arzt des Rettungsamtes, Dr. Hamburger, und mit ihm die Polizei gaben der Oeffentlichkeit zunächst die Falschmeldung, der Jungarbeiter sei an „Erstickung durch Einatmen von ausgebrochenem Bier gestorben" (!).

Doch der Staatsanwalt sah sich genötigt, die bereits freigegebene Leiche zu beschlagnahmen. Die Obduktion hatte folgendes Ergebnis: „Neuendorf hat einen Schädelbruch mit ausgedehnter Blutung in die Schädelhöhle erlitten und ist daran gestorben. Der Bruch ist hervorgerufen worden durch Einwirkung einer stumpfen Gewalt in Form eines länglichen, schmalen Gegenstandes . . ."

Also, von der Polizei mit dem Gummiknüppel erschlagen!

Theodor Plivier:

Der Kaiser ging, die Generale blieben

Copyright by Malik-Verlag, Berlin.

22. Fortsetzung

„Das sind die Offiziere!"

„Die hat der aufgehetzt!"

„Jetzt wird nicht mehr gefackelt!"

„Der will ja auch noch schießen!"

Auf dem dunklen Flur entsteht ein Handgemenge. Faustschläge, Fußtritte. Der Kapitän sinkt auf die Fliesen nieder. Die Taschenlampe beleuchtet sein verzerrtes Gesicht. Aus dem Mund sickert Blut in den rötlichen Bart.

Einer hebt den Kolben und schlägt zu:

„Sicher ist sicher, — wenigstens der läßt keinen mehr einsperren!"

Und ein anderer erklärt:

„Ist so auch besser, so hat er's gleich hinter sich!"

Raumschuh, Bonczyk, Papendieck und die Matrosen vom Sophienblatt haben sich für den Rest der Nacht in einer Turnhalle einquartiert. An der Stadtgrenze haben sie Posten zurückgelassen. Am nächsten Morgen bringen sie die verhafteten Infanterieoffiziere zum Gewerkschaftshaus. Sie machen einen kleinen Umweg am Hafen vorbei, um zu sehen, was dort los ist. Die Sonne bricht durch die Wolkendecke; blinkend liegt die weite Fläche der Bucht da. Und so weit sie sehen können, an allen Masten der ankernden Schiffe, weht die rote Fahne.

Nur an der Gaffel von S. M. S. „König" hängt die Kriegsflagge. Sie ist auf halbe Höhe heruntergeholt worden und hat sich um die Flaggenschnur gerollt. Unter der Flagge stehen drei Offiziere mit Pistolen, der Kommandant, der Erste Offizier und der Adjutant des Schiffes. Das Schlachtschiff liegt hoch im Trockendock und ist von beiden Ufern, von der Werftseite und auch von der Kaiserstraße aus zu übersehen.

Der Kommandant hat einen Matrosen niedergeschossen.

Aber jetzt kommt die Mannschaft nach hinten; wie eine Welle wälzt es über die Decks und auf die Schanze hinauf. Fäuste, erhobene Handspaten. Von Land her fallen Schüsse. Der Erste Offizier sinkt verwundet zusammen, der Kommandant und der Adjutant bleiben tot auf dem Deck liegen. Die Mannschaft brandet über die Gruppe weg, — tausend Kulis, schwerknochig, stoppelbärtig. Die Kriegsflagge sinkt und aus dem Gestrüpp erhobener Arme geht die rote Fahne hoch.

Die letzte rote Fahne, die über Kiel gesetzt wird.
Und die einzige Kriegsflagge, die verteidigt wurde.
Alle übrigen fielen kampflos.
Auch die Landmarinestellen fielen kampflos.
Auch die Kaiserstandarte auf dem Schloß des Prinzen Heinrich wurde kampflos niedergeholt. Die Macht ist den Matrosen über Nacht in den Schoß gefallen.

Der Trupp Raumschuh kommt vor dem Gewerkschaftshaus, dem Zentrum der Matrosenerhebung, an. Vor dem Gebäude steht eine doppelte Postenkette; vor den Eingängen sind Maschinengewehre aufgebaut. Auf der Straße herrscht ein wirres Durcheinander, — Marine, Infanterie, Werftarbeiter. Truppen werden zusammengestellt und marschieren nach irgendwohin ab. Entwaffnete Feldgraue stehen frierend herum. Im Gedränge hockt eine Gruppe Russen mit großen Gefangenennummern auf den Rücken. Man hat ihr Lager geöffnet, und jetzt stehen sie hier, starren nach dem Gebäude hinüber und warten auf die weitere Entwicklung der Dinge. Eine schwer bewaffnete Mannschaft eskortiert sämtliche Offiziere ihres Schiffes heran. Der Anführer, ein rothaariger Matrose, geht in das Haus, um sich zu erkundigen, wo sie ihre Offiziere loswerden können.

Raumschuh geht mit ihm.

Das umgehängte Gewehr ist der beste Ausweis.

Raumschuh öffnet die Tür zum Sitzungssaal. Dichte Tabakswolken, eine lärmende und schreiende Menge. Auch das Restaurant ist voll diskutierender Matrosen, Infanteristen und Arbeiter. Der Soldatenrat hat sich oben in einigen Bürozimmern niedergelassen.

In den Büros und auf dem Korridor — ein unaufhörliches Kommen und Gehen. Infanteristen wollen wissen, wo sie Verpflegung herbekommen, wo sie untergebracht werden können, wann der nächste Zug abgeht? Der Führer eines Vorpostenbootes will Schuhe und Unterkleidung für seine Mannschaft haben. Der Bottelier eines kleinen Kreuzers hat das letztemal zu wenig Margarine bekommen und will sie jetzt nachgeliefert haben.

Ausweise werden ausgefertigt.

Telephone klingeln unaufhörlich.

Da sitzt ein Matrose und nimmt die endlose Kette von Gesprächen an. Er beantwortet die Anfragen, so gut er kann, und bemüht sich, vielleicht doch wichtige Meldungen herauszufischen, um sie weitergeben.

Eine Wache fordert sofortige Ablösung.

Die Prünte verlangt ein Maschinengewehr.

Die Wandsbecker Husaren sind im Anmarsch (zum siebenten Male schon seit gestern abend).

In der Bergstraße haben sich Offiziere verschanzt.

Ein Bottelier hat einen Sack Mehl verschoben.

Aus dem Hansahotel heraus wird geschossen.

Ein Schiff verlangt ein Mitglied des Soldatenrates.

Das Munitionsdepot Friedrichsort ist ohne Bewachung.

Das von Kadetten besetzte Linienschiff „Schlesien" hat den Hafen verlassen; Matrosen haben hinter dem ausfahrenden Schiff die große Hafensperre dicht gemacht.

Im Proviantamt wird zu plündern versucht.

Ob das Fort Fleetbrook ein Auto haben kann?

Ein Kinobesitzer will wissen, wie lange er sein Kino offen behalten darf.

In der Fleethörnstraße ist eingebrochen worden.

Dabei reden Vorbeigehende auf den Telephonisten ein und wollen Auskünfte haben: Wo kann man den Genossen Popp finden? Wer stellt Entlassungspapiere aus? In welchem Zimmer tagt der Soldatenrat? Ist Genosse Artelt hier nicht eben durchgekommen?

In den Zimmern reden immer zehn auf einmal. Alle haben Vorschläge zu machen oder ganz wichtige Beobachtungen mitzuteilen. Auch die Korridore stehen so dicht gedrängt voll, daß man kaum hindurch kommt. Und doch ist in diesem plötzlichen Durcheinander schon der Wille zu einer Neuordnung zu spüren.

In einem Zimmer tagen die Soldatenräte.

In einem anderen die Obleute der Betriebe.

Die Landformationen und die Schiffe schicken Abordnungen, um sich hier zu instruieren und Richtlinien zu holen. In den dringendsten Fragen wird tatsächlich Rat geschaffen.

Raumschuh muß seine Gefangenen loswerden, ebenso der rothaarige Matrose mit dem er heraufkam. Aber niemand weiß, wohin mit den Gefangenen.

„Irgendein Gefängnis, die sind doch alle leer!"

„Ich weiß nicht, sieh mal am besten selbst zu!"

(Fortsetzung folgt.)

Mörderischer SA.-Ueberfall um Mitternacht

Nach dem Rückmarsch von der gestrigen Demonstration wurden Spandauer Arbeiter von Nazis am Bahnhof Siemensstadt überfallen. Als sie sich zur Wehr setzten, feuerten die Nazi-Strolche etwa 30 bis 40 Schuß los. 4 Arbeiter sind mit Bauchschuß in das Spandauer Krankenhaus eingeliefert worden. Ein Arbeiter erhielt einen Knieschuß, ein anderer einen Beckenschuß. Durch Messerstiche sind zwei weitere Arbeiter verletzt. (Nach Redaktionsschluß eingelaufen.)

39 Jahre Zuchthaus beantragt

Balkanjustiz gegen Antifaschisten in Moabit

39 Jahre Zuchthaus und 1½ Jahre Gefängnis wurden gestern in Moabit gegen 9 Friedrichsfelder Antifaschisten beantragt! Ein Schrei der Empörung muß durch die Berliner Arbeiterschaft gehen über diese unerhörte Justiz! 9 Friedrichsfelder Antifaschisten taten nichts anderes, als sich zur Wehr zu setzen gegen braune Mordbanden, die in Schützenkette ausschwärmten. Die Nazis gaben mehrere Salven ab und verletzten zwei Arbeiter. Von der Mordbande weiter verfolgt, zogen sich die Arbeiter zunächst zurück, bis einer von ihnen von Unbekannten eine Pistole erhielt und in Notwehr einen Nazi leicht verletzte. Daraus macht die Justiz Severings eine „vorbereitete kommunistische Aktion"!

Universität als Nazikaserne!

Terror der braunen Laufejungen

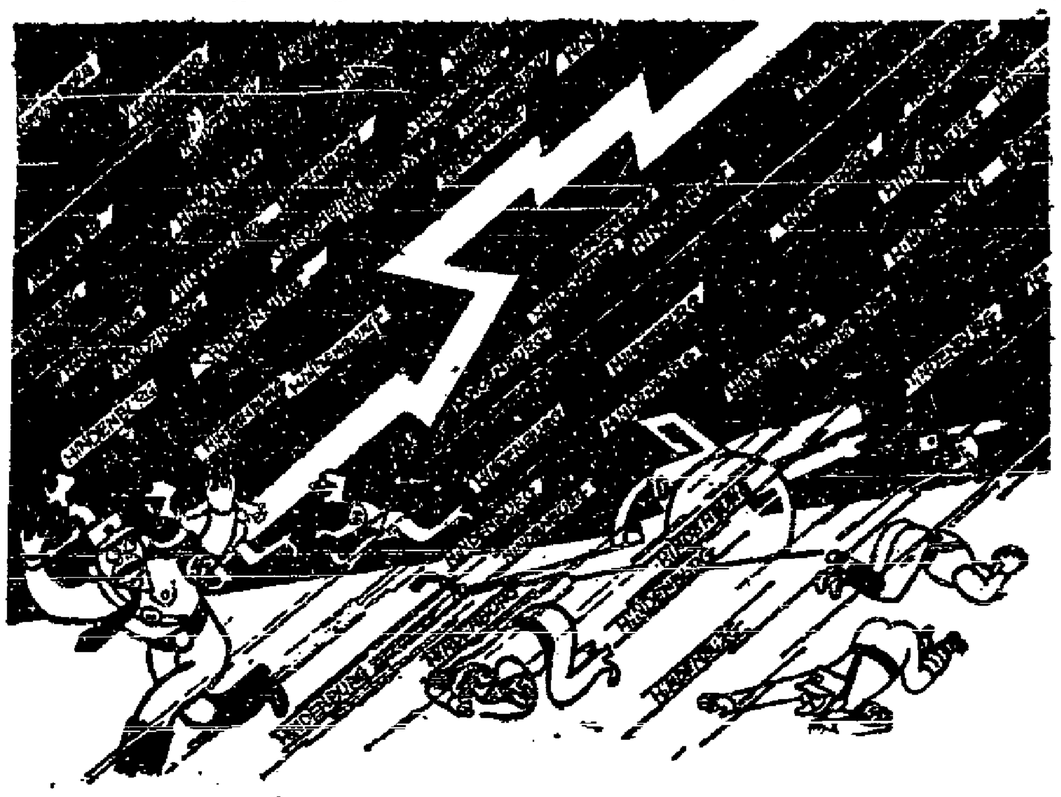
Die beim letzten Universitäts-Krawall der Nazilümmel wiedergeschlossene Universität bildete in der Nacht zum Mittwoch und ebenso am Mittwochvormittag einen wahren Tummelplatz uniformierter SA. in Begleitung von Stahlhelmern.

Der rechte Seitenflügel glich einer Nazikaserne. Vor dem Gefallenen-Denkmal lösten sich die Nazistrolche, die dort auf Geheiß des Direktors in vollem Dreß Wache standen, alle Viertelstunde stramm militärisch ab.

Vor der geschlossenen Universität, deren Schlüssel die braunen Laufejungen hatten, standen wieder Studenten, denen man verweigert, für ihr mühsam zusammengespartes Geld zu studieren.

Mit Donner und Blitz!

So „schlug" die SPD. den Faschismus mit Hindenburg-Stimmzettel



„Und es kam ein Unwetter auf und zerstreute sie!"

Dieses Bild mit vorstehendem Text erschien nach dem ersten Präsidentschaftswahlgang im „Vorwärts" am 5. April.

Arbeiter! Wieder Hindenburgpolitik? Wieder Koalition mit den Großindustriellen, Bankkönigen und Junkern? Niemals! Keine Stimme denen, die im Bunde mit Hindenburg und Brüning dem Faschismus den Weg bereitet haben!

Kämpft mit in der Antifaschistischen Aktion!
Sammelt für den Kampffonds! Trommelt für Liste 3

Reichswehr kommandiert Arbeitsdienst!

Nicht Zuchthaus und Militarisierung, sondern Verwirklichung des Arbeitsbeschaffungsprogramms, die Losung der Arbeiterjugend

In Chemnitz werden gegenwärtig sämtliche Gebäude der größten Maschinenfabrik Deutschlands, Richard Hartmann A.G. abgerissen. 116 Gebäude und 22 Schornsteine werden dem Erdboden gleichgemacht. Seit 1½ Jahren liegt dieses Riesenwerk still, 6000 Arbeiter wurden arbeitslos, 800 Angestellte hatten kein Brot mehr. Nicht nur in Chemnitz, auch in den übrigen Städten und Teilen des deutschen Reiches stehen Riesenbetriebe still, rauchen die Schornsteine nicht mehr und die Arbeiter und Angestellten füllen die Stempelstellen und Wohlfahrtsämter.

Wie ein Hohn muß es auf die werktätigen Massen wirken, wenn die Papen-Schleicher-Regierung jetzt mit ihrem Arbeitsdienstpflichtplan herausrückt und vorgibt, dadurch Arbeit beschaffen zu können. Bei den Plänen der Regierung handelt es sich einzig und allein darum, eine Zwangsarbeitsarmee zu schaffen. Wie die Lebenslage der zum Arbeitsdienst herangezogenen Jugendlichen sich gestalten wird, das geht aus den als Anfang geplanten Maßnahmen hervor. Es ist beabsichtigt, bis zum Ende dieses Jahres 200 000 Jugendliche Arbeitsdienst leisten zu lassen. Die Regierung wird dafür 60 Millionen Mark zur Verfügung stellen. 25 Millionen Mark werden erforderlich sein, das Material zu beschaffen und die Verwaltungsstellen einzurichten. Die übrig gebliebenen 35 Millionen sind für 5 Monate bei 200 000 Jugendlichen berechnet,

so daß auf einen Jugendlichen ganze 35 Mark monatlich oder etwa 7 Mark wöchentlich entfallen.

In einer Rede zum Arbeitsdienst erklärte der Leipziger Oberbügermeister Dr. Goerdeler, daß „der Arbeitsdienst sich nicht nur auf körperliche Arbeit beschränken darf, sondern, geistige Erziehung" eingeordnet sein müsse. Dazu trete disziplinierte körperliche Bewegung, und das alles bei einfachster Lebenshaltung."

Wie die bürgerliche Presse mitteilt, wird das Reichswehrministerium das Oberkommando über dieses Arbeitsdienstpflichtheer übernehmen. So sieht das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung aus. Es ist an der Zeit, alle Arbeiter daran zu erinnern, daß die Kommunistische Partei in den Parlamenten und der Arbeiteröffentlichkeit ein Arbeitsbeschaffungsprogramm eingebracht hat. Ein Arbeitsbeschaffungsprogramm, das wirklich Arbeit schafft und keine Lohndruckarmeen, ein Arbeitsbeschaffungsprogramm, das die Verkürzung der Arbeitszeit mit vollem Lohnausgleich vorsieht, ein Arbeitsbeschaffungsprogramm, für das auch die Mittel in Deutschland aufzubringen sind. Solche Maßnahmen sind Streichung aller Ausgaben für militärische Zwecke, Streichung aller Ausgaben für die Polizei, Sperrung der Millionenentschädigungen und Abfindungen an die ehemaligen Fürstenhäuser. Kürzung der Gehälter und Pensionen der oberen Beamten und Angestellten in öffentlichen Stellen, soweit sie den Betrag von 7200 Mark bzw. 5000 Mark jährlich übersteigen. Erhebung einer Millionärsteuer in Höhe von zehn Prozent, d. h. eine einmalige Sondersteuer auf alle Vermögen von natürlichen und juristischen Personen, soweit diese 500 000 Mark übersteigen. Besteuerung von Dividenden und Aufsichtsratantiemen in Höhe von 20 Prozent. Sonderbesteuerung auf die großen Einkommen über 50 000 Mark jährlich in Höhe von 10 Prozent.

In Deutschland Hunger und Elend, in der Sowjetunion Arbeit und Brot im eigenen Land und Riesenaufträge für das Ausland. So hat die

Arbeitsdienst ist Gesetz

Amtlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett hat in seiner Sitzung am Mittwoch nach dem Vortrag des Reichsarbeitsministers die Verordnung über den freiwilligen Arbeitsdienst angenommen.

Sowjetunion im Monat Juni allein an Deutschland für 28 Millionen Mark Aufträge und Bestellungen getätigt.

Wir wollen hier nur die wichtigsten nennen: so wurden bei einem Elektrokonzern Gleichstrommotoren und elektrische Ausrüstungsgegenstände für etwa 400 000 Mark bestellt. Eine mitteldeutsche Maschinenfabrik liefert Teile zu einem Goldbagger im Werte von nicht ganz 400 000 Mark. Eine rheinische Maschinenfabrik liefert Scheibenräder im Werte von 300 000 Mark. Bei einer Berliner Werkzeugmaschinenfabrik wurden Achsenbohrbänke im Werte von über 200 000 Mark in Auftrag gegeben. Für über 11 Millionen Mark bestellte die Sowjetunion große Posten Bleche, Metalle, Legierungen und Stahl. Ferner wurden noch für 2 Millionen Mark Rohre in Deutschland bestellt.

Der Staat der Arbeiter und Bauern hat nicht nur die Arbeitslosigkeit im eigenen Lande liquidiert, sondern kann Monat für Monat durch Millionenaufträge den deutschen Arbeitern Arbeit und Brot verschaffen.

Abdulla-Belegschaft in Antifaschistischer Aktion

Gestern fand nach Betriebsschluß eine sehr gut besuchte Belegschaftsversammlung der Zigarettenfabrik Abdulla in Johannisthal statt, die noch ganz unter dem Eindruck des feigen Mordüberfalls der braunen Notverordnungsbanditen auf einige Reichsbannerarbeiter in Oberschöneweide stand. Referenten der Versammlung waren Genosse Ulbricht für die Antifaschistische Aktion und Heidemann für die SPD.

Der SPD.-Referent legte eine Resolution vor, in der „Burgfrieden" zwischen SPD. und KPD. als Bedingung zur Einheitsfront verlangt wurde. Für diese Resolution stimmten nur 14 Anwesende bei weit über 100 Teilnehmern.

Eine Entschließung der Antifaschistischen Aktion, mit einem Aufruf an alle Betriebe, den Nazi-Terror mit der Wahl von Einheitsausschüssen und der Zusammenberufung aller Einheitsausschüsse in Berlin zu beantworten, wurde gegen die 14 SPD.-Arbeiter angenommen. Ein antifaschistischer Einheitsausschuß wurde gewählt, außerdem wurde der Massenselbstschutz verstärkt.

Koblenz, 13. Juli. Ein schweres Unwetter ist gestern im Gebiete des Mittelrheins niedergegangen.

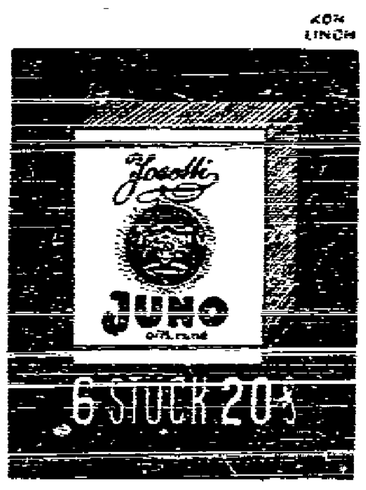
Beständig qualitativ Bestes zu bieten,

ist unser Grundsatz -

und gerade jeglicher Ausschluß von Wertmarken, Gutscheinen und Stickereien gibt Gewähr für unveränderte Güte dieser überall beliebten Marke.

JUNO

ist eine Cigarette von festbegründetem Ruf!



Gewerkschaftsorganisationen in der Antifaschistischen Aktion

Mobilisiert die Gewerkschaftsmitglieder — Entfaltet in allen Versammlungen das Banner der Antifaschistischen Aktion!

Die Mordüberfälle der Nazibanden, der organisierte Sturm auf Gewerkschaftshäuser, die konzentrierten Angriffe der Bourgeoisie auf Löhne, Unterstützungen und Renten zeigen den Gewerkschaftsmitgliedern immer deutlicher, was die Stunde geschlagen hat. Ein mächtiger Wille geht durch die Massen der Arbeiterklasse, durch die Reihen auch schon großer Teile der Gewerkschaftsmitglieder: Einheitsfront der Arbeiterklasse, Aufrollung der Klassenfront in der Antifaschistischen Aktion, Organisierung der proletarischen Abwehr, Organisierung von Streikkämpfen und Erwerbslosenaktionen, Organisierung von politischen Massenstreiks, das ist das Gebot der Stunde!

Am 24. Juni veröffentlichten wir eine Zusammenstellung von ADGB.-Kartellen und Zahlstellen reformistischer Verbände, die den Anschluß an die Antifaschistische Aktion beschlossen haben. Inzwischen ist eine ganze Reihe weiterer Gewerkschaftsorganisationen hinzugekommen. Wir veröffentlichen nachstehend eine Reihe weiterer Beispiele:

Bezirksstelle des Zentralverbandes der Zimmerer Zwönitztal nahm einstimmig in einer Mitgliederversammlung in Burkhardtsdorf eine Entschließung an, in der sie sich hinter die Beschlüsse des Ortsausschusses von Geyer stellten und den korporativen Anschluß an die Antifaschistische Aktion sowie die Wahl eines Einheitsausschusses beschließt.

In derselben Richtung faßten die Bezirksstellen des Zimmererverbandes Harthau-Markersdorf und Lichtenstein Beschlüsse. Die Mitgliederversammlung der Bezirksstelle Harthau-Markersdorf wählte einen Delegierten zur Oppositionskonferenz der Bauarbeiter in Chemnitz.

Zimmererzahlstelle Zschopau beschloß den korporativen Anschluß an die Antifaschistische Aktion.

Zimmererverband, Bezirksstelle St. Egidien faßte eine Entschließung, in der sie den korporativen Anschluß an die Antifaschistische Aktion sowie die Wahl eines Einheitsausschusses beschließt.

Ortskartell des ADGB. Groß-Zimmern beschließt die Eingliederung der Gewerkschaftsorganisation in die Antifaschistische Aktion und ruft zu einer antifaschistischen Gewerkschaftskonferenz in Frankfurt a. M. auf.

Gewerkschaftskartell Finthen rief gemeinsam mit KPD., SPD., Reichsbanner, RGO. und anderen Arbeiterorganisationen zu einer Einheitsmassenkundgebung auf.

Bekleidungsarbeiterverband Greiz begrüßte in einer Resolution den Kampf der Greizer Wohlfahrtserwerbslosen gegen die Notverordnung der Papen-Regierung.

DMV. Gerresheim berief eine gemeinsame Mitgliederversammlung des DMV., des Fabrikarbeiterverbandes, des Malerverbandes und der RGO. ein, in der ein Einheitskomitee gewählt wurde.

In einer Sitzung des Ortsausschusses des **ADGB. Bernstadt** (Oberlausitz), an der Vertreter des Textilarbeiterverbandes, Baugewerksbundes, Zimmererverbandes, Buchdruckerverbandes, Buchdruckereihilfsarbeiterverbandes und Fabrikarbeiterverbandes teilnahmen, hielt ein RGO.-Kollege das Referat. Es wurde eine Entschließung für die Antifaschistische Aktion angenommen und beschlossen, zwei Delegierte zum Einheitskongreß in Ebersbach zu entsenden.

Malerverband Weimar sprach sich in der letzten Mitgliederversammlung für die Antifaschistische Aktion und Teilnahme an dem vorbereitenden Kampfkomitee gegen Hunger und Faschismus aus.

Zahlstelle Gattesberg des VGB. Entschließung für die Herstellung der roten Einheitsfront und für die Entsendung von Delegierten in das örtliche antifaschistische Einheitskomitee sowie für Beitritt in den roten Massenselbstschutz.

Gewerkschaftskartell und DMV. Tambach-Dietharz nehmen an der vorbereitenden Sitzung zur Einleitung der Antifaschistischen Aktion teil. Es wurde ein Aufruf beschlossen, der auch vom Holzarbeiter- und Zimmererverband unterschrieben wurde.

Sattler, Tapezierer und Portefeuiller Hagen nehmen eine Entschließung für die Antifaschistische Aktion an.

Plauen. Zu einer Einheitskonferenz haben neben der RGO. u. a. der Bekleidungsarbeiterverband, Zimmererverband, Fabrikarbeiterverband und die Sektion der Bäcker des Nahrungsmittel- und Getränkearbeiterverbandes aufgerufen.

Was beweisen diese Beispiele? Die Zeit zum Zusammenschluß aller Arbeiter zum einheitlichen Kampf gegen die faschistische Reaktion war nie so günstig wie jetzt. An unserer Initiative liegt es, die Gewerkschaftsmitglieder einzureihen in die einheitliche Kampffront der Antifaschistischen Aktion.

Wir haben es in der Hand, durch unsere Aktivität diese Beispiele zu verhundertfachen. Insbesondere in Berlin muß die Arbeit der oppositionellen Gewerkschafter systematisch verstärkt werden, um auch hier eine Reihe weiterer Vorstöße zu machen. Keine gewerkschaftliche Versammlung im Betrieb, bei der Stempelstelle, im Bezirk oder in der Branche, ohne daß wir alle Kräfte aufbieten, um die Gewerkschaftsmitglieder für die Antifaschistische Aktion zu gewinnen.

Gewerkschafter, beschließt in euren Versammlungen Entsendung von Delegierten in das Antifaschistische Einheitskomitee, Bildung von Selbstschutz-Formationen, gemeinsam mit den kommunistischen und allen übrigen Arbeitern, Organisierung des Kampfes gegen Lohn- und Unterstützungsraub, Organisierung des politischen Massenstreiks gegen die faschistische Reaktion!

Roter Gewerkschaftstag, Massendemonstration Sonntag, den 17. Juli

Der Bezirksausschuß der RGO. führt zusammen mit den roten Verbänden am Sonntag, dem 17. Juli, seinen

2. Roten Gewerkschaftstag

durch. Dieser Rote Gewerkschaftstag erhält in diesem Jahre im Zusammenhang mit der Antifaschistischen Aktion und der 14 Tage später stattfindenden Reichstagswahl besondere Bedeutung. Zu diesem Gewerkschaftstag, der verbunden ist mit einer Demonstration durch die Arbeiterquartiere von Moabit, müssen in den Betrieben und auf den Stempelstellen die Arbeiter aller Richtungen, ob gewerkschaftlich organisiert oder nicht, mobilisiert werden.

Der 2. Rote Gewerkschaftstag soll gleichzeitig die Massen auf die Bedeutung der **Oppositionsarbeit in den reformistischen und bürgerlichen Verbänden** hinlenken, auf die Oppositionsarbeit, die uns in die Lage versetzt, die Sabotage der antifaschistischen Einheitsfront durch SPD. und ADGB. zu brechen.

Deshalb ist es

die Pflicht jeder Betriebs- und Straßenzelle sowie jeder Betriebs- und Wohngebietsgruppe der RGO. und der roten Verbände

nicht nur ihre Mitglieder, sondern die gesamte Arbeiterschaft zur Teilnahme am 2. Roten Gewerkschaftstag zu bewegen.

Wir demonstrieren gegen Hunger, Krieg und Faschismus, für die Antifaschistische Aktion
Treffpunkt Sonntag, den 17. Juli

mittags ½2 Uhr im Kleinen Tiergarten, Turmstraßen-Seite. — Abmarsch 2 Uhr mittags durch Moabit nach dem Carlshof.

Im Carlshof (Saatwinkler Damm, am Schiffahrtskanal): Fahneneinmarsch — Ansprache — Karl Liebknecht-Orchester — ASB. Fichte-Orchester — Rotes Massenkabarett — Uthmann-Chor — Kinderbelustigung — Riesenfeuerwerk. Eintrittspreis 35 Pf., Erwerbslose 20 Pf.

Alle Zellen und Gruppen bringen ihre Fahnen mit!

Bezirksausschuß der RGO.
Bezirksleitung der KPD.

So marschiert die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung auf:

Der Aufmarsch erfolgt industriegruppenweise nach folgendem Plan: IG. Metall (EVMB.), Eisenbahn, Chemie, Gemeinde und Verkehr, Post, Graphik, Bau (EVfdB.), Handel, Banken und Versicherung, Textil, Nahrung, Holz, Land (EVLF.), Leder, Film und Bühne.

Die Jugend marschiert vor der IG. Handel!

Die Fahnen aller UB. (nicht der Industriegruppen und Betriebsgruppen) werden vor der Industriegruppe Metall, die Fahnen der Erwerbslosengruppen aller UB. vor der Jugend getragen!

Die Angestellten marschieren in ihren Betriebs- und Industriegruppen!

Jede Betriebsgruppe trägt den Namen des Betriebes auf einem Schild!

Die Demonstration geht durch folgende Straßen:

Kleiner Tiergarten (Germania-Denkmal), Moabit-, Turm-, Wilsnacker, Birken-, Wilhelmshavener, Wiclef-, Emdener, Beussel-, Seestraße, Saatwinkeler Damm, Theaterstraße, Carlshof — Auflösung.

Mobilisiert die Gewerkschaftskollegen und Betriebe!
Alles am 17. Juli in den Carlshof!
Alle zur Demonstration ½2 Uhr Kleiner Tiergarten, Turmstraße!

So wird die Antifaschistische Aktion organisiert:

Betriebliche Einheitsfront schlägt Lohnabbau

Erfolgreiche Aktion der Metallbelegschaft von Grünebaum und Scheuer

Die Metallfirma Grünebaum & Scheuer, Berlin, hatte schon vor vier Wochen einen vierprozentigen Lohnabbau der Belegschaft zugemutet. Er wurde durch die Einheitsfront der DMV.-, EVMB.- und unorganisierten Kollegen abgewehrt. Jetzt wollte die Firma die sich herausbildende Einheitsfront der Belegschaft durch Verkürzung der Arbeitszeit in zwei Abteilungen und durch Akkordabzüge von zehn bis zwanzig Prozent bei den einzelnen Kollegen zerschlagen.

Da die Firma aber auch hier bei den einzelnen Kollegen auf Widerstand stieß, ersuchte dieselbe den reformistischen Betriebsrat, die Belegschaft dahingehend zu beeinflussen, den vierprozentigen Lohnabbau doch anzunehmen, da sie dann von der Reduzierung der Einzelakkorde Abstand nehmen würde.

Eine Betriebsversammlung während der Mittagspause, welche dazu Stellung nahm, wies das ganz entschieden zurück und verwies den Betriebsrat auf den in der vorigen Betriebsversammlung gefaßten Beschluß. Jetzt versuchte die Firma, die Belegschaft unter Druck zu setzen und verlangte einen zehnprozentigen Akkordabbau. Die Kollegen der Schleiferbranche, welche als erste am Dienstag zu dieser Maßnahme der Firma Stellung nahmen, wiesen diesen Akkordabbau energisch zurück und beschlossen, jeden Akkordabbau mit dem Streik zu beantworten und diesen Beschluß in der am Mittwoch stattfindenden Betriebsversammlung der Belegschaft zu unterbreiten und zur Annahme zu empfehlen.

In der Betriebsversammlung am Mittwoch versuchte der Vertreter des DMV. ein gewisses Schwächegefühl in die Belegschaft zu tragen, indem er auf das schlechte organisatorische Verhältnis der Belegschaft hinwies. Bei der nun stattfindenden Abstimmung verlangte der Vertreter des DMV. eine geheime Abstimmung. Die Belegschaft aber erklärte, daß für sie nur eine öffentliche Abstimmung in Frage käme. Einstimmig wurde beschlossen, mit der Firma zwecks Rücknahme des geplanten Akkordabbaus zu verhandeln. Die Verhandlungskommission, bestehend aus einem DMV.-Kollegen, einer EVMB.-Kollegin, wurde durch einen Unorganisierten noch verstärkt.

Am darauffolgenden Tage wurde die Verhandlungskommission bei der Direktion vorstellig. Dieselbe lehnte aber jegliche Verhandlung ab und vertröstete die Kollegen auf eine spätere Zeit. Da bis zur Mittagspause die Firma mit der Verhandlungskommission nicht in eine Verhandlung eingetreten war, beschlossen die Kollegen, Eintritt in die passive Resistenz. Sie führten diese solange durch, bis die Firma mit der Kommission verhandelte und erklärte, den 10prozentigen Lohnabbau nicht durchzuführen. Die Firma behielt sich aber weitere Schritte gegen die Belegschaft vor. Das bedeutet, daß der zweimal erfolgreich abgeschlagene Angriff alle Tage neu erfolgen kann. Auch diesen werden die Kollegen abwehren können, wenn sie weiter geschlossen zusammenstehen.

Dieses Beispiel zeigt erneut, wie die Arbeiter ihre Feinde schlagen können, wenn in roter Einheitsfront alle ohne Unterschied ihrer Organisationszugehörigkeit zusammenstehen.

Lohnabbau im Konsum zugegeben

Ablenkungsversuch, der unsere Mitteilungen bestätigt — Beantwortet den Lohnraub mit Streik!

Der „Vorwärts" unternimmt in seiner Nummer vom 12. 7. den Versuch, den unerhörten Lohnabbau im Konsum abzuleugnen. Ein vergeblicher Versuch. Jeder SPD.-Arbeiter im Konsum wird bestätigen, daß die von uns gemachten Angaben in allen Einzelheiten richtig sind, und daß der Lohnabbau in der Zeit vom 1. 7. bis 19. 8. tatsächlich 20 bis 25 Prozent beträgt.

Nach der Darstellung des „Vorwärts" ist der Sondertarif auch heute noch wesentlich günstiger als in gleichartigen Privatbetrieben. Von der Verwaltung des Konsums wurde in früherer Zeit beispielsweise zum Vergleich für die Löhne der Mitfahrer und Lagerarbeiter der Tarif für die Speichereibetriebe herangezogen. Für diese beträgt aber der Lohn nach dem letzten Schiedsspruch noch 49,92 Mark und ab 1. 10. 48 Mark. 500 Arbeiter beantworteten diesen Schiedsspruch mit dem Streik. Die Gewerkschaftsbürokratie betrieb die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches und würgte den Streik nach zwei Tagen ab. Im Konsum beträgt aber der Lohn für die Lagerarbeiter ab 19. 8. nur noch 40,20 Mark.

Der „Vorwärts" behauptet weiter, die Arbeiter hätten „angesichts der wirtschaftlichen Schwierigkeiten beschlossen, ein freiwilliges Notopfer zu bringen." Wir hatten in unserem Artikel aufgezeigt, mit welchen Methoden die Genossenschaftsverwaltung, unterstützt von der Gewerkschaftsbürokratie, das Abstimmungsergebnis beeinflußt hat. Die Mehrheit der Arbeiter hat aber trotz der erfolgten Kündigung und aller Einseifungsversuche den Lohnraub abgelehnt.

Erst streitet der „Vorwärts" den von uns festgestellten Lohnraub ab und zieht dann die Wirtschaftskrise heran, um die Notwendigkeit des Lohnabbaus zu begründen. Die Schwierigkeiten des Konsums sind aber nicht nur in der Wirtschaftskrise — für deren Auswirkung auf die Werktätigen die SPD.-Führer durch ihre Tolerierungspolitik voll verantwortlich sind — begründet, sondern in der verhängnisvollen Kapitalinvestierung (Warenhausneubau, Bäckerei Spandau) sowie in der Entrechtung der Mitglieder (Dreiklassenwahlrecht) und den Terror gegenüber den klassenbewußten Arbeitern im Betrieb (Maßregelung der Arbeiterräte).

Die Arbeiter des Konsums müssen erkennen, daß mit Lohn- und Gehaltsabbau die Genossenschaft nicht zu sanieren ist. Nur eine grundlegende Aenderung in der gesamten Wirtschafts- und Geschäftspolitik, sowie die Wiederherstellung der Mitgliederrechte, kann die weitere Mitgliederflucht und den Umsatzrückgang abstoppen. Dazu hat sich die sozialdemokratische Verwaltung als unfähig erwiesen.

Diesen unerhörten Lohnraub können die Arbeiter im Konsum nur abwehren, wenn sie geschlossen zusammenstehen, einen Kampfausschuß wählen und zum Streik rüsten. Die Belegschaft muß dem Vorstand das Ultimatum stellen, den bisherigen Lohn weiter zu zahlen. Ablehnung muß die Belegschaft mit dem Streik beantworten.

Die Genossenschaftsmitglieder werden in einem solchen Kampf einmütig hinter der Belegschaft stehen. Sie werden auf Waren verzichten, die von Streikbrechern hergestellt oder transportiert werden. Durch einen Streik der Belegschaft werden die Mitglieder aufmerksam auf die Vorgänge im Konsum. Sie werden erkennen, daß sie mit der Opposition den Kampf führen müssen gegen eine Politik, die nur zur Zerstörung der Genossenschaften führen kann.

Keine Streikbrecher für Corulit

Der Chef der Knopffabrik Corulit in Mariendorf versuchte vergeblich, durch eine Annonce in der „Morgenpost" Streikbrecher zu bekommen. Die erschienenen Erwerbslosen lehnten Streikbrucharbeit ab und verlangten vom Unternehmer das Fahrgeld zurück. Die Erwerbslosen unterstützen die Streikposten in vorbildlicher Weise. Auch Polizeischikanen können die Streikfront nicht zersetzen.

Die Belegschaft steht bekanntlich im Streik, um die Auszahlung rückständiger Löhne, tarifliche Bezahlung und Wiedereinstellung gemaßregelter Betriebsleute durchzusetzen.

Versammlung aller oppositionellen Mitglieder des Gesamtverbandes

Mittwoch, den 20. Juli, 19 Uhr, Rosenthaler Hof, Rosenthaler Straße.

Macht schon heute in allen Betrieben dazu mobil!

EVfdB., Ortsgruppe Senzig: Mitgliederversammlung heute 20 Uhr, bei Gromann, Chausseestraße 24.

Was bringt die Arbeitsdienstpflicht?

Sklavenketten für die Arbeiterjugend

Das Beispiel Bulgarien zeigt euch: Schuften und hungern im Arbeitszuchthaus — Militärischer Drill für den Krieg gegen Sowjetunion — Werktätiges Jungvolk, wehre dich in der Antifaschistischen Aktion!

Das deutsche werktätige Jungvolk hungert.

Keine Arbeit! Kein Brot! Keine Zukunft!

Nirgendwo zeigt sich so kraß der Bankrott des kapitalistischen Systems als in der Tatsache, daß es seiner Jugend keine Lebens- und Zukunftsmöglichkeiten geben kann.

Die werktätige Jugend aber will arbeiten! Sie verlangt Brot! Sie will frei sein!

Millionen hungernder, nach Arbeit, Brot und Freiheit dürstender Jungermerbsloser sind eine große Gefahr für den Bestand des kranken Systems. Sie können die Totengräber der heutigen Gesellschaft sein.

Darum geht das Sinnen und Trachten der gesamten Reaktion dahin, dieses rebellierende Jungvolk fest unter die Führung zu bekommen, es zu einer Stütze des bankrotten Systems zu gebrauchen.

Heute ist der Plan bereits fest ausgearbeitet:

Arbeitsdienstpflicht!

Zuerst wurde mit frechen Lügen über „freies Leben in frischer Luft und guter Kameradschaft" versucht, die Jungerwerbslosen freiwillig in die Arbeitslager zu bekommen. Doch der Bauernfang gelang nicht.

Heute will die Regierung Zwang anwenden. Durch Gesetz soll die Arbeiterjugend in die Arbeitszuchthäuser gepreßt werden, wo bei Wassersuppen Schwerstarbeit zu leisten ist, wo faschistische Offiziere das Kanonenfutter für den „heiligen Krieg" gegen die Sowjetunion drillen sollen.

Deutsche werktätige Jugend, wehre dich!

Arbeitsdienstpflicht sind Sklavenketten!

Ein Elendsleben in Baracken und Zelten ohne Arbeitslohn, ohne Freizeit, mit Kasernenkost und Militärparaden ist kein Ausweg aus eurer Not.

Jungproletarier, schau nach Bulgarien! Dort wächst von Jahr zu Jahr die Rebellion der Jungbauern und Jungarbeiter gegen die gesetzliche Arbeitsdienstpflicht!

Laß sie in Deutschland nicht erst zur Tat werden! Bekämpfe sie!

Arbeit — Brot — Freiheit ist deine Sehnsucht. Schau hin nach der Sowjetunion: Unter dem blutroten Banner der Sowjetmacht ist deine Sehnsucht verwirklicht.

Auch für dich gibt es eine Zukunft erst, wenn du mitgeholfen hast, der bankrotten heutigen Gesellschaft das Grab zu schaufeln.

Darum fasse festen Tritt in der Antifaschistischen Aktion, die ihren schärfsten Kampf gegen die drohende Arbeitsdienstpflicht richtet!

Burschen und Mädel in Sklaventrott

Das Gesetz über die Arbeitsdienstpflicht in Bulgarien wurde am 21. Oktober 1931 durch die Regierung Stambolijsui erlassen. Es bestimmt, daß alle Staatsbürger, und zwar die Männer mit 20 Jahren und die Mädchen mit 16 Jahren der obligatorischen Arbeitsdienstpflicht unterliegen. Die Dauer beträgt acht Monate für die Männer und vier Monate

für die Mädchen. Alle anderen Staatsbürger Bulgariens haben eine Arbeitsdienstpflicht von jährlich drei Wochen zu erfüllen.

Nach dem Gesetze sind die Ziele der Arbeitsdienstpflicht:

a) Organisierung und Ausnutzung der Arbeitskräfte des Landes zum Zwecke der Förderung der Produktion und des inneren Ausbaus.
b) Förderung der Liebe zur Arbeit für die Allgemeinheit und physischen Betätigung aller Staatsbürger ohne Unterschied von Stand und materiellen Verhältnissen.
c) Förderung der moralischen und wirtschaftlichen Gemeingüte des Volkes durch Kultivierung.

All dies sind selbstverständlich leere Phrasen. Die Arbeiter- und Bauernsöhne werden ihren Angehörigen geraubt, um acht Monate lang zu schuften, ohne selbst einen Groschen als Entlohnung zu bekommen.

„Eine Suppe, wie für die Schweine"

Im Gesetz steht, daß die jungen Leute zu „rationellen Arbeitsmethoden in allen Zweigen der Volkswirtschaft" erzogen werden. Und wir elf Jahren leben diese jungen Leute in Zelten oder Holzbaracken. Sie werden militärisch gedrillt und die übrige Zeit müssen sie schwer arbeiten. Die Wohnverhältnisse sind furchtbar, die Versorgung ist unbeschreiblich schlecht. „Nur eine Suppe bekommen wir, die auch die Schweine nicht fressen können", schreibt ein Dienstpflichtiger.

In der Frühe militärische Uebungen; Drill und Uebungen mit Gewehren, dann anstrengende Arbeit beim Bau von Eisenbahnstrecken, Straßen, Regulierung von Flüssen, Trockenlegung von Teichen, Holzknechtarbeiten in den Wäldern, Bau von Häusern usw. All dies geschieht unter militärischem Kommando. Die kleinsten Verfehlungen werden mit Prügel, Karzer, langjährigen Zuchthausstrafen usw. geahndet. Die Strafen müssen nach Erfüllung der Dienstpflicht abgesessen werden.

Krankheiten wüten in den Barackenlagern, Epidemien breiten sich aus. Bis jetzt sind unzählige Opfer zu verzeichnen, über die die bürgerliche Presse und Statistik hartnäckig schweigen.

Militärischer Drill im Lager

Für die Bourgeoisie hat die Dienstpflicht eine sehr große Bedeutung: die militärische Ausbildung der Jugend. Nach dem Friedensvertrag wurde die reguläre bulgarische Armee ebenso wie die deutsche abgeschafft. Durch die Institution der Arbeitsdienstpflicht sichert sich die Bourgeoisie die militärische Ausbildung der Jugend. Besonders seit dem faschistischen Umsturz von 1923 sind die Lager der Dienstpflichtigen wahre militärische Lager, wo eine neue Armee ausgebildet wird. Offiziell ist die Institution der Arbeitsdienstpflicht dem Ministerium für öffentliche Bauten untergeordnet. Faktisch untersteht sie aber dem Kriegsministerium. Der ganze Führerkader besteht aus faschistischen Reserveoffizieren und -unteroffizieren. Alles ist militärisch aufgezogen. Wie die Rekruten werden die Arbeitsdienstpflichtigen gedrillt und geschurigelt.

Parole: Gegen den Bolschewismus!

Es ist alles darauf eingestellt, daß aus den Arbeitsdienstpflichtigen „gute Bulgaren" gemacht werden, d. h. Kämpfer gegen den Kommunismus und Stoßtrupps gegen die äußeren Feinde, an erster Stelle gegen die Sowjetunion. Außerdem hat die Bourgeoisie umsonst eine Riesenarmee von Arbeitenden, die sie gründlich ausbeutet, indem sie ihnen keinen Pfennig Lohn zahlt.

Die Erwartungen der Bourgeoisie werden aber nicht erfüllt. Sie kann wohl auf die Führerschaft, auf die faschistischen Kommandoleiter rechnen, nicht aber auf die Massen der Arbeitsdienstpflichtigen.

Die Arbeiterpresse veröffentlicht viele Korrespondenzen von Arbeitsdienstpflichtigen. In diesen Korrespondenzen werden die furchtbaren Verhältnisse, unter welchen die Dienstpflichtler arbeiten müssen, beschrieben. Hunger, Entbehrungen, viehisches Benehmen seitens des Kommandopersonals, Prügel, militärischer Drill usw.

In diesen Korrespondenzen wird aber auch über den Widerstand, den die Dienstpflichtler unter Führung des Kommunistischen Jugendverbandes und der KP. Bulgariens leisten: Es werden Protestaktionen gegen die Arbeitsdienstpflicht im allgemeinen durchgeführt; Revolten gegen die schwere Arbeit; Massenflucht aus den Lagern; Konferenzen und Zusammenkünfte zur Organisierung der Kämpfe usw.

Unter roten Fahnen ins Lager

Zwischen der Führerschaft und den „gemeinen" Arbeitsdienstpflichtigen tobt ein ununterbrochener Kampf. Denn der revolutionäre Aufschwung im Lande ergreift auch die Arbeitsdienstpflichtler. Es mehren sich die Fälle, wo neueinrückende Dienstpflichtler mit roten Fahnen und revolutionären Liedern in die Lager einziehen.

Auch verschärfter Terror in den Lagern nützt nichts: Arbeiterjugend will und muß leben. Niemals wird sie sich mit dem Dahinvegetieren unter dem kapitalistischen Joch abfinden. Sie muß niederkämpfen, was im Wege steht: die bankrotte kapitalistische Gesellschaft. Dann ist der Weg frei für Arbeit, Brot, Sozialismus.

Frecher Vorstoß Japans gegen die SU.

Der Umschlaghafen Charbin besetzt — Sowjetfrachtschiffe am Löschen verhindert

Chabarowsk, 13. Juli. In der Charbiner Umschlagstelle der Ostchinesischen Eisenbahn erschienen fünf Japaner mit dem japanischen Ratgeber Chorinzi als Vertreter des Stabs der mandschurischen Flußflotille und forderten von dem Leiter der Handelsagentur der Ostchinesischen Eisenbahn die Uebergabe der Verladestation und des Schuppenschlüssels. Auf die Weigerung der Angestellten der Ostchinesischen Eisenbahn hin besetzte eine Polizeiabteilung unter Führung des japanischen Ratgebers die Umschlagstelle, verjagte den Eisenbahnschutz und riß die Plomben und Schlösser von den Schuppen ab. Der Stab der Flußflotille verbot bereits am 2. Juli die Verladearbeiten auf der Umschlagstation und schickte zwei Batterien mit Geschützen für den Sowjetrust „Exportchleb" (Exportgetreide") gewaltsam zurück und verjagte die Arbeiter.

Hinter dieser ganzen Tätigkeit des Stabs stehen japanische Ratgeber, die schon monatelang versuchen, die Umschlagstelle zu nehmen, um sie an „Kokusai", der größten japanischen Transportfirma, die in Wirklichkeit eine Filiale der südmandschurischen Eisenbahn ist, zu verpachten.

Die Besetzung der Umschlagstelle durch den Stab der Flußflotille verletzt auf das gröblichste das bestehende Uebereinkommen und hat zum Ziel den Uebergang der Umschlagversandarbeiten in die Hände japanischer Transportfirmen, die damit den Güterverkehr im Interesse der südmandschurischen Eisenbahn und zum Schaden der Handelsinteressen der Ostchinesischen Eisenbahn lenken und regulieren können.

Todesgefahr

für Genossen Kuegg und Tran

Rettet sie in letzter Stunde!

Schanghai, 13. Juli. Der Genosse Kuegg und seine Frau schweben am 11. Tage des Hungerstreiks in unmittelbarer Lebensgefahr. Sie befinden sich im Dämmerzustand. Die Nanking-Regierung macht immer noch keine Anstalten, ihre Opfer freizugeben.

Der Monsterprozeß hat nunmehr die ganze chinesische Oeffentlichkeit aufgewühlt. Unter Vorsitz der Witwe Sun Yat Sens hat sich ein Verteidigungskomitee gebildet, dem zahlreiche in Schanghai lebende international bekannte Intellektuelle angehören. Die Zeitung „China Preß" schreibt, daß der Kuegg-Prozeß „einem zweiten Fall Sacco und Vanzetti gleichkommt."

Rettung in letzter Stunde kann nur der zehnfach gesteigerte internationale Protestruf der Werktätigen bringen!

Südamerika im Aufruhr

Rio de Janeiro, 13. Juli. Der brasilianische Aufstand, der im Staat Sao Paulo ausgebrochen ist, hat sich sehr schnell auf andere brasilianische Gliedstaaten ausgedehnt. Die Truppen und Polizeikräfte der Staaten Matto Grosso, Parana, Santa Catharina, Rio Grande do Sul und Minas Geraes haben sich den Aufständischen zum großen Teil angeschlossen. Die Aufständischen berichten bereits von dem vollständigen Erfolg der Revolution. Der bisherige bundesstaatliche Vermittler in Sao Paulo hat dort die Regierung übernommen. Flugzeuge der Aufständischen flogen am Dienstag über Rio de Janeiro und warfen Flugblätter ab, in denen erklärt wird, daß sich über 30 000 Mann der Revolution angeschlossen hätten. Sämtliche Häfen der aufständischen Staaten sind durch Verordnung des Präsidenten Vargas geschlossen worden. Die Regierung hat weitere Truppen gegen die aufständischen Staaten ausgesandt.

Während hier in Brasilien das Proletariat mit seinen eigenen Klassenforderungen noch nicht auf den Plan getreten ist, geben in Peru und Chile große wirklich revolutionäre Ereignisse vor sich. In Peru befand sich die Stadt Trujillo einige Tage in den Händen aufständischer Arbeiter. Nach ihrer Niederschlagung durch einige Regimenter Truppen und zwei Kriegsschiffe ist jetzt der Oberste Gerichtshof eingesetzt worden, weil der Artilleriekommandant der Stadt und ein anderer hoher Offizier im Verlauf der Kämpfe erschossen worden sind.

Englisch-französische Entente

Herriot erklärt: Young-Plan bleibt

Der englische Außenminister Simon gab im Unterhaus eine Erklärung ab, wonach in Lausanne zwischen Frankreich und England ein politischer Pakt abgeschlossen wurde, worin sich beide Mächte verpflichteten, ohne gegenseitige Fühlungnahme keine Abmachungen mit Dritten zu treffen.

Telegraphenunion meldet: Ministerpräsident Herriot hat nach seiner Rückkehr aus Lausanne verschiedentlich betont, daß man im Falle eines Nichtzustandekommens der internationalen Schuldenregelung automatisch zum Young-Plan zurückkehren werde, und daß sich Frankreich, auf die juristischen Klauseln des Young-Plans fußend, an das Haager Schiedsgericht wenden werde.

Das klingt anders als die Behauptung von Papens, die Reparationen seien in Lausanne gefallen.

Mordzentrale „Angriff“

Die braunen Mordorganisatoren in der Hedemannstraße — Nazi-Lockspitzel mit Kampfbundabzeichen — Die Papen-Nazis in der Zange — Macht Schluß mit der braunen Notverordnungspartei vom Hakenkreuz! Her zur Antifaschistischen Aktion!

„Dann kommen die Stunden, da man sitzt und auf die Meldungen wartet — es kommen bestimmt Nachrichten von Ueberfällen ... Man wartet und schreibt dann von den Mördern und den Toten ...“

Das schrieb der Redakteur des „Angriff“, Heinz Otto, nach der Lustgartenkundgebung der braunen Notverordnungspartei am letzten Sonnabend. Der Nazireduakteur gibt damit offen zu, daß sich in der „Angriff“-Redaktion die braune Mordzentrale befindet. Nur derjenige kann „bestimmt“ auf Nachrichten von Ueberfällen warten, der genau weiß, daß seine eigenen Leute diese Ueberfälle organisieren.

Es ist nicht das erstemal, daß wir nachweisen können, daß die Mordüberfälle der braunen Notverordnungsjacken auf Arbeiter in Berlin mitorganisiert werden von der „Angriff“-Redaktion. Es war der infame Mordhetzer Goebbels selbst, der an dem Tag, an dem die Mordkolonne der SA.-Kraftfahrstaffel Westen ihre Ueberfälle auf Arbeiterlokale durchführte, im „Angriff“ schrieb, daß „von heute an“ die SA. in Berlin das Notrecht erklärt habe. **Die planmäßigen Ueberfälle der Motorradstaffel Westen waren mit Wissen und Willen des Mordgoebbels organisiert.**

Nazi-Lockspitzel am Werk

Die braunen Mordkanaillen begnügen sich heute nicht mehr damit, die Arbeiter durch provozierende Aufmärsche in ihren Notverordnungsjacken anzugreifen. Das braune Mordgesindel übernimmt die schuftigsten Methoden der Achtgroschenjungen im Kampf gegen das revolutionäre Proletariat.

So wurde am Sonnabend von der Altonaer Polizei eine Gruppe von vier Personen verhaftet, die alle das Abzeichen des Kampfbundes gegen den Faschismus trugen. Alle Personen waren mit Pistolen, bzw. Trommelrevolvern bewaffnet. Sämtliche Schußwaffen hatten scharfe Patronen im Lauf. Erst auf der Polizeiwache stellte es sich heraus, daß die Verhafteten keine Antifaschisten sind, sondern

eingeschriebene Mitglieder der braunen Mordpartei.

Getarnt als Antifaschisten wollten diese niederträchtigen Mordbuben ihr blutiges Handwerk ausüben.

Ein zweiter Fall spielte sich in Klausdorf ab. Dort gingen die braunen Mordbanden gegen Reichsbannerleute vor. Sie hatten keine Abzeichen und riefen: „Rot Front greift an!“ Auch hier stellte sich erst bei der Verhaftung heraus, daß die Angreifenden keine Antifaschisten, sondern Hakenkreuzler sind. Vor solchen Lumpen wird jeder ehrliche Arbeiter ausspucken!

Ein dritter Fall spielte sich in Bremen ab, wo bereits vor einigen Tagen ein Lockspitzel der SPD.-Polizei vom Gericht entlarvt werden mußte. Nach einem SA.-Aufmarsch wurden von der Polizei sieben Personen verhaftet, bei denen man Bomben vorfand. Eine Bombe explodierte und zerriß einen Schupobeamten. Auch diesen Vorfall wollen die braunen Mordbanden jetzt der KPD. in die Schuhe schieben, obwohl es sich ganz offensichtlich um faschistische Lockspitzel handelt.

Zensur des Notverordnungs-Goebbels

Wozu diese viehischen Mordtaten an deutschen Arbeitern? Wozu diese schuftigen Lockspitzelarbeiten der braunen Mordpest? Wozu die Organisierung des Arbeitermordes durch die „Angriff“-Redaktion?

Die Antwort lautet: Die Papen-Nazis wollen davon ablenken, daß die Hitlerpartei die beste Stütze der Papenschen Notverordnungsdiktatur ist. Aber wir können diese skrupellosen Volksbetrüger heute durch den „Angriff“ selbst überführen. Hier ist der Beweis:

> **„Wäre es zu danken, daß in den letzten Wochen hier in Berlin zwei Tote und fünfzig schwer Schußverletzte gehabt haben.**
>
> **Wir rufen von dieser Stelle dem Reichsinnenminister von Gayl zu: Wenn die SA nicht da wäre, Herr von Gayl, dann würden heute die roten Horden hier in Berlin, am Brandenburger Tor und unter den Linden ihr Unwesen treiben.**
>
> **Man erfand, nachdem das Kabinett Papen—Gayl seine Geschäfte übernommen hatte**

Das ist eine naturgetreue Wiedergabe eines Stückes der Helldorfrede im Lustgarten, abgedruckt im „Angriff“ vom Montag, dem 11. Juli. Deutlich ist zu erkennen, daß ein Stück des Textes herausgestichelt ist. Wir wollen die Rede des Helldorf ergänzen:

„Wenn die SA. nicht da wäre, Herr v. Gayl, dann wären Sie nicht Minister geworden.“

Dieser letzte Teil des Satzes ist von dem Notverordnungs-Goebbels zensiert worden. Aber Helldorf hat es gesagt und es ist die Wahrheit! Jawohl, ohne die braune Mordpest gäbe es keine Papen-Schleicher-Gayl-Regierung! Die Hakenkreuzpartei ist trotz allen demagogischen Geschreies eine feste und treue Stütze der Notverordnungsdiktatur der Herren vom Herrenklub.

Aber den Nazis wäre dieser Volksbetrug unmöglich, wenn die SPD. nicht ebenfalls in der Praxis das Papen-Regiment stützen würde. Die preußischen SPD.-Minister führen getreulich die Papen-Notverordnungen und alle direkten Befehle der Freiherren und Barone durch. Die SPD.-Minister verbieten ihre eigenen Parteizeitungen, sie vermeiden ängstlich jeden Konflikt mit der Papen-Diktatur, sie kuschen vor der Regierung der Schwerindustrie und Nazibarone.

Die SPD.-Polizeipräsidenten gestatten die provokatorischen Aufmärsche der braunen Notverordnungsjacken. Die Schupo Grzesinskis gestattet die SA.-Kasernen. Kein Nazimann wurde von der SPD.-Polizei erschossen, aber zahlreiche antifaschistische Kämpfer fielen unter den Kugeln der Severing-Polizei.

Die ADGB.-Führer reden von ihrem „Umbauprogramm“, mit dem auch die Nazis einverstanden sind. Aber sie denken im Traum nicht daran, die 4 Millionen freigewerkschaftlicher Arbeiter und Angestellten in einen ernsthaften Kampf gegen die faschistische Papen-Diktatur zu führen.

Für alle, die Schluß machen wollen mit diesem untergangsreifen kapitalistischen Raubsystem gibt es darum nur die Losung:

Schluß mit der arbeiterverräterischen Hindenburg-Politik! Schluß mit den Papen-Nazis! Her zur roten Einheitsfront der Antifaschistischen Aktion!

Straßenkämpfe in Köln

(TU.) Köln, 13. Juli. Am Dienstag abend kam es wiederum an mehreren Stellen der Stadt zu Ausschreitungen von Kommunisten, die, wie die Polizei berichtet, teilweise die Form der offenen Auflehnung und des planmäßigen Angriffs gegen die Polizeikommandos annahmen. Die in großer Stärke aufgebotene Polizei mußte häufig von der Schußwaffe Gebrauch machen und zur Wiederherstellung der Ordnung einen Panzerwagen einsetzen. Schon in den ersten Abendstunden wurde ein Umzug von Nationalsozialisten in Köln-Kalk von organisiertem kommunistischem Massenselbstschutz gestört. Einschreitende Polizeibeamte wurden an einer Stelle aus den Häusern beworfen, beschossen und mit heißem Wasser übergossen. 17 Rädelsführer wurden bei dieser Gelegenheit festgenommen. Mehrfach wurden später heimkehrende Nationalsozialisten bedroht und überfallen, jedoch sind bisher keine nennenswerten Verletzungen bekannt geworden.

Wie wir weiter erfahren, wurde ein Panzerwagen gegen die Arbeiter eingesetzt.

Wuppertal, 13. Juli. Nazis schossen auf einen Lastkraftwagen, der mit revolutionären Arbeitern besetzt war und nach dem Wuppertal-Stadion fuhr. Zwei Arbeiter wurden verletzt. Davon der eine schwer durch einen lebensgefährlichen Bauchschuß.

Kiel, 13. Juli. In der Nacht zum Mittwoch kam es in Elmschenhagen zu einem schweren Zusammenstoß zwischen Nazis und Reichsbannerarbeitern. Die Nazibanden gaben ungefähr 30 Schüsse auf die Reichsbannerkameraden ab. Drei Reichsbannerleute wurden verletzt, zwei mußten ins Krankenhaus geschafft werden.

Heimtückischer Mord an KPD.-Funktionär

In Marne, in Holstein, wurde am Dienstag nachmittag, in einem Landstraßengraben der seit Sonntag vermißte Funktionär der Kommunistischen Partei, Adolf Bauer, tot aufgefunden. In der Nähe des Grabens wurden Spuren eines heftigen Kampfes entdeckt. Genosse Bauer hatte noch am Sonnabend in Helle, in einer Versammlung gesprochen. Am Sonntag sollte er in einer Versammlung in Heide sprechen, wo er aber nicht eintraf.

Ohne Zweifel wurde Genosse Bauer heimtückisch von Nazis ermordet.

Wismar, 12. Juli. In der Stadtverordnetensitzung in Wismar kam es zu einem Zusammenstoß zwischen den Nazi-Stadtverordneten einerseits und den kommunistischen und sozialdemokratischen Stadtverordneten andererseits. Ein Nazi-Stadtverordneter schlug einem SPD.-Abgeordneten ins Gesicht, worauf die kommunistische und sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion den Nazis proletarische Fäuste zu spüren gab.

Mächtige Einheitsdemonstration in Greifswald

Aus Greifswald wird uns berichtet:

Was sich hier unter den Augen der Severing-Polizei abspielt, ist so unerhört, daß es zur Kenntnis der gesamten Arbeiterschaft gebracht werden muß. Mehrmals haben bereits SA.-Leute mit ihren Karabinern über den Marktplatz von Greifswald gehen können, ohne daß die Polizei, die Augenzeuge dieser Provokation war, etwas unternommen hätte.

Wenn die Nazis, die durch eine Riesenmenge von Hakenkreuzstudenten unterstützt werden, bisher glaubten, hier schon ein kleines „Drittes Reich“ aufmachen zu können, so hat der Aufmarsch, der am Sonntag hier stattfand, gezeigt, daß die rote Arbeiterschaft Greifswalds, dieser Hochburg der Faschisten, mächtig gegenmobilisiert. Dank der Initiative der Kommunistischen Partei marschierten die Organisationen des revolutionären Proletariats, sowie das Reichsbanner, die SPD. und der ADGB. mit Angehörigen der christlichen Gewerkschaften gemeinsam auf dem Marktplatz auf. 1700 Arbeiter, eine für Greifswald riesige Masse, beteiligte sich an der Einheitsfrontkundgebung, die ganz im Zeichen der Losungen der Antifaschistischen Aktion stand und auf die Nazis einen niederschmetternden Eindruck machte. Die Versammelten legten das Gelöbnis ab, alle Kraft, Gut und Blut für die Schaffung einer Arbeiter- und Bauernregierung und für die Verteidigung der Sowjetunion einzusetzen.

Glosse vom Tage

Arische Astlochgucker

Der nationalsozialistische Landtagspräsident Kerrl hat am Dienstag in einer Wahlkundgebung in Hamburg gesagt:

„Die nationalsozialistische Preußen-Fraktion hat bewiesen, daß sie über die Köpfe verfügt, um regieren zu können. Ich glaube, ich selbst habe im Landtag den Beweis erbracht, daß ich dort zu regieren verstehe, und ich glaube, ebensogut und sogar noch besser als meine Vorgänger.“

Noch viel besser, Kerrl! Sie haben das System mit den von Herrn Thyssen gelieferten silbernen Löffeln gefressen.

Sie regieren noch parteiischer als ihre Vorgänger.

Sie ließen einen Antrag ihrer Spießgesellen drucken, in dem der Frau des Berliner Polizeivizepräsidenten Weiß vorgeworfen wird, sie habe ein Verhältnis mit Herrn Krojanker.

Wohlgemerkt: Nicht der Generalkonsul und Großkaufmann Krojanker wird angegriffen, sondern die Frau Weiß, weil ihr Mann Jude ist.

Man hetzt gegen die jüdische Rasse, um die SA.-Leute davon abzulenken, daß man mit den christlichen und jüdischen Kapitalisten schmutzige Geschäfte macht.

Man hetzt gegen die Rasse der Juden und verbündet sich mit der Clique der Ausbeuter.

Das ist die Politik der moralischen Erneuerer Deutschlands.

Wenn sie genügend Arbeiter gemeuchelt, erwürgt, erstochen und erschossen haben, wenn ihr Blutdurst für eine Weile gestillt ist, dann schleichen sie sich an die Schlafzimmertüren und schielen durch die Schlüssellöcher. Sie riechen in die Nachttöpfe und schnuppern an der Unterwäsche.

Und daraus wird dann wieder ein neuer „Angriff“.

Arbeiter werden angegriffen.

Gewerkschaftshäuser werden angegriffen.

Die Juden werden angegriffen.

Aber die große Schnauze verstummt, wenn der Nazifreund Lahusen Millionen verschiebt und Tausende von Arbeitern brotlos macht.

Die große Schnauze verstummt vor den aus dem Schweiß und Blut der Ausgebeuteten erbauten Villen der Bankherren und Industriekönige.

Die große Schnauze verstummt vor dem Nachtlokal des Pg. Steinmeier, der sich in Monte Carlo amüsiert.

Ihr seid Mordskerle, ihr versteht zu regieren.

Das weiß auch der erwerbslose Hofmusiker, der gestern unter allgemeinem Beifall den folgenden Song zum besten gab:

Der Hitler, der wird gut regier'n
in allen Städten und Ländern.
Er besteuert das Klosettpapier
und liefert als Ersatz dafür
die lackbraunen Hemden.

Schug

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Alfred Fendrich, Berlin; für Anzeigenteil und Geschäftliche Mitteilungen: Gustav Bodt, Berlin. Druck und Verlag: Vereinigte Zeitungsverlage GmbH., Berlin, Kleine Alexanderstr. 28. Fernruf: Sammelnummer E 1, Vereinna 5435

NSDAP. eine Arbeiterpartei?

Diese Artikelserie ist geschrieben an Hand einiger Kapitel aus dem demnächst im „Internationalen Arbeiter-Verlag" erscheinendem Buch von David über die wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Theorien der Nazis. Wir empfehlen, diese Artikel auszuschneiden und als Diskussionsmaterial zu verwenden.

II. Ist die NSDAP. gelb?

Hitler über Streik

Hitler beschäftigt sich in seinem Buch „Mein Kampf" auch mit der Frage des Streiks. Im „Dritten Reich" sei der Streik verboten. „Soweit kein nationalsozialistischer völkischer Staat besteht", sei der wirtschaftliche Streik zulässig. Niemals dürfe aber der Streik die nationale Wirtschaft erschüttern:

„Der nationalsozialistische Arbeitnehmer muß wissen, daß die Blüte der nationalen Wirtschaft sein eigenes materielles Glück bedeutet" („Mein Kampf", S. 676.)

Der Streik, „der in seinen Folgen als Produktionsminderung stets die Volksgemeinschaft insgesamt schädigt", sei immer ein Uebel, das aber ab und zu angewandt werden kann im Interesse letzten Endes der nationalen Wirtschaft selbst, um durch Bekämpfung von „Mißständen unsozialen Charakters" die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft zu steigern.

In einem Aufsatz zum Berliner Metallarbeiterstreik 1930 („Völkischer Beobachter", 5. November 1930) wiederholt Hitler seine Ansichten über den wirtschaftlichen Streik und versichert, daß die NSDAP. für „jeder berechtigten Lohnanspruch" eintritt. „Freilich — fügt Hitler zu — liegt bei jeder Forderung das Gewicht auf dem Wort ‚berechtigt'."

Das sind alles Aeußerungen allgemeiner Natur. Für das gegenwärtige Deutschland lehnt Hitler jeden Streik ab. Es heißt in dem erwähnten Aufsatz:

„Wenn man nun in der jetzigen Situation Deutschlands wirtschaftliche Forderungen der Arbeitnehmer vom Standpunkt der Berechtigung aus untersucht, dann wird einem freilich der erste Blick sagen, daß die Vernunft dagegen ihren Einspruch erhebt, weil die gesamte Wirtschaft an sich vor dem Zusammenbruch steht."

Wenn Streiks in dieser Situation zulässig sein sollen, so nur, solange Milliardenreparationen gezahlt werden, um den Unternehmern klarzumachen, „daß die Erfüllungspolitik ein Ende zu nehmen" hat. Zahlt Deutschland keine Reparationen und dauert die Krise trotzdem an — seit einem Jahr, seit dem Hoover-Moratorium ist die Lage ebenso — seien Streiks abzulehnen. So sieht die Streikbruchtheorie Hitlers für das Deutschland von heute aus.

Die Naziführer, insbesondere die Praktiker der NSBO. (Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation), die sich die Aufgabe stellen, innerhalb der Arbeiterklasse für Hitler zu werben, sind durch diese offenherzige und konsequente Streikablehnung in eine schwere Lage versetzt. Sie suchen sich mit allerlei Tricks herauszuschwindeln. Sie versichern hoch und heilig, daß sie gegen Streikbruch sind. Die NSDAP. und die NSBO. haben sogar in ihren Statuten Punkte, wonach für Streikbruch mit Ausschluß gedroht wird. Nur ist bisher kein einziger Fall bekannt geworden, daß die NSDAP. oder NSBO. für Streikbruch ausgeschlossen hätten, obwohl die Presse aller Richtungen Hunderte und Tausende von Streikbruchfällen mit Namen und Adressen im Laufe der Jahre genannt hat.

Es würde zu weit führen, auf alle die Tricks einzugehen, mit denen die NSBO.-Leute ihre Streikbruchpolitik und -praxis reinzuwaschen versuchen. Von Zeit zu Zeit fällt Hitler seinen NSBO.-Leuten direkt in den Rücken. Hitler tut es natürlich nicht aus Luxus, sondern getrieben von seinen großindustriellen und großagrarischen Geldgebern, getrieben von den Interessen der deutschen Kapitalistenklasse. Es genügt folgendes Beispiel anzuführen: Während die NSBO.-Leute in ihrer Zeitschrift „Arbeitertum" breit und lang vom Elend der Landarbeiter schreiben, erläßt Hitler einen Aufruf gegen Landarbeiterstreiks. Im Aufruf („Völkischer Beobachter", 18. Februar 1932) wird gesagt daß ein Landarbeiterstreik während der Frühjahrsbestellung „Verrat am deutschen Volke" sei. Die Landarbeiter sollen also nach Hitler im Winter streiken.

Nur dann, wenn es gar nicht anders geht, sieht sich die Leitung der NSDAP. gezwungen, einen Streik „mitzumachen". So erklärte der wirtschaftspolitische Leiter der NSDAP., Dr. Wegener, nach einem Bericht des „Berliner Tageblatt" vom 29. Oktober 1930, in Dresden in einer Veranstaltung der sächsischen Metallindustriellen zum Berliner Metallarbeiterstreik:

„Es sei der Führung der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei nicht möglich gewesen, ihren Mitgliedern die Teilnahme am Streik zu verbieten, denn sonst wären die Arbeiter in Massen aus der Partei ausgetreten."

Nazis und Werkvereinler

Die NSBO.-Leute sind sehr entrüstet, wenn man sie Gelbe nennt. Dabei ist die Stellung Hitlers zum Streik genau dieselbe, wie die Wilhelm Schmidts, des Vorsitzenden des „Reichsbundes Vaterländischer Arbeiter- und Werkvereine" und Bangs, des Haustheoretikers Hugenbergs. Auch Wilhelm Schmidt ist der Auffassung, daß der Streik, der ein „barbarisches, eines Kulturvolkes unwürdiges" Kampfmittel sei, nach Erschöpfung aller Verständigungsmöglichkeiten angewandt werden kann, daß es Streiks geben kann, „die aus Gründen der Selbsterhaltung und Selbstachtung unter einem höheren Gesichtspunkt betrachtet werden müssen". („Die Wirtschaftsordnung von morgen", Seite 66.)

Die Werksgemeinschaft, die zentrale Idee der Gelben, bedeutet nach Bang „den organischen Zusammenschluß aller in einem Werke tätigen lebendigen Kräfte ... als Betriebsgemeinschaft zur Erreichung eines betrieblichen Gemeinschaftszweckes". („Deutsche Wirtschaftsziele", Seite 130.)

Hören wir, was der Leiter der Berliner NSBO., Ernst Pfister, zur Werksgemeinschaft sagt:

„Die Zelle des Wirtschaftslebens, der Betrieb, hat jetzt Betriebsräte der Arbeitnehmerschaft. Es würde schon viel zum Ausgleich vorhandener und aufkommender Gegensätze beitragen, wenn auch die Arbeitgeber Betriebsräte stellen ... Der Marxismus will die Betriebsräte zu Diktatoren der Betriebe machen. Das lehnen wir Nationalsozialisten ab." („Arbeitertum", Folge 22, 15. Januar 1932.)

Im Betriebsrat sollen also sitzen — wohlgemerkt schon jetzt, nicht nur im „Dritten Reich" — Betriebsräte der Arbeiter und „Betriebsräte" der Unternehmer. Was für eine Rolle die Betriebsräte der Arbeiter in diesem famosen gemeinsamen „Betriebsrat" spielen sollen, sagte der wirtschaftspolitische Leiter der NSDAP., Dr. Otto Wagener in einer programmatischen Rede in Düsseldorf am 7. November 1931:

„Künftig werden die Betriebsräte mit den Unternehmern beraten. Entscheiden muß natürlich stets der Unternehmer."

Das wissen wir auch ohne Dr. Wagener, in einem solchen „Betriebsrat" alias Leitung der Werksgemeinschaft werden der Unternehmer oder seine Vertreter dank des Besitzprivilegs immer das durchführen, was sie wollen. Deshalb haben die Arbeiter seit Jahrzehnten die Gelben mit Hohn und Spott verjagt, als sie ihnen den „Segen" der Werksgemeinschaft anpriesen.

Was die Existenz von Gewerkschaften anbelangt, so sind die Gelben genau so wie die Nazis der Auffassung, daß sie bis zu dem Zeitpunkt der „sozialen Friedensordnung" erhalten bleiben müssen. In dem vollendeten „Dritten Reich" sind sich die Nazis selbst noch im unklaren, ob Gewerkschaften bestehen sollen. Allerdings sind Gewerkschaftsorganisationen, bei deren Mitgliedermassen der Wille zum Klassenkampf wach ist, für Hitler unerträglich, nur Zwangsgewerkschaften nach dem Muster der italienischen Syndikate kämen in Frage. Hitler schreibt über das Jahr 1922 und die darauffolgenden Jahre:

„Wer in jener Zeit die marxistischen Gewerkschaften wirklich zertrümmert hätte, um an Stelle dieser Institutionen des vernichtenden Klassenkampfes der nationalsozialistischen Gewerkschaftsidee zum Siege zu verhelfen, der gehörte mit zu den ganz großen Männern unseres Volkes und seine Büste hätte dereinst in der Walhalla zu Regensburg der Nachwelt gewidmet werden müssen." („Mein Kampf", S. 679.)

Ob beim Einbruch des „Dritten Reiches" die gegenwärtigen Gewerkschaften in Zwangssyndikate verwandelt werden sollen, oder ob neue Gewerkschaften geschaffen werden, wissen die Nazis selbst nicht.

Auch Unternehmergelder erhalten die Nazis genau so wie die Gelben, obwohl die einen wie die anderen das abstreiten. Wir sehen also, daß die NSBO.-Leute nur zu Unrecht sich entrüsten, wenn sie als Gelbe bezeichnet werden.

Rote Handballer rüsten zur Reichsmeisterschaft

Seit dem Bestehen der Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit haben sich die Handballer nicht nur organisatorisch, sondern auch spieltechnisch sehr stark entwickelt. Trotz aller Schikanen der reformistischen Sportführer und der Behörden haben die tausende ausgeschlossenen Handballer durch ihr aktives Arbeiten dazu beigetragen, daß sich in den dreieinhalb Jahren seit der Spaltung die Mitgliederzahl der aktiv handballspielenden roten Sportler auf fast 30 000 erhöht hat.

Im Vorjahre wurde erstmalig versucht, Reichshandballmeisterschaften auszutragen. Beworben hatten sich damals darum die Vertreter von fünf verschiedenen Landesgebieten. Durch das Verbot der Spartakiade nahmen aber nur drei Landesmeister daran teil. Fichte-Süd, Berlin, konnte aus dieser verstümmelten Meisterschaft als Sieger hervorgehen.

Der unaufhaltsame Vormarsch hat in diesem Jahre dazu geführt, daß von den 21 Landesgebieten der Kampfgemeinschaft in 16 serienmäßig Handballspiele durchgeführt wurden. Um die diesjährige Reichsmeisterschaft bewarben sich davon 12 Landesmeister. In den bis jetzt durchgeführten Vorrundenspielen schieden 7 aus, so daß die Endkämpfe zwischen den nachfolgenden 5 Landesmeistern vor sich gehen: **Fichte-Süd, Berlin, Dieskau-Halle, Fermersleben-Magdeburg, Schonebeck-Essen und Gerresheim-Düsseldorf.** Zur Ermittlung der Endspielgegner ist es notwendig, drei Vorendscheidungsspiele durchzuführen. Dieselben steigen wie folgt: Am 23. Juli in Berlin Fichte-Süd gegen Dieskau-Halle, am 24. Juli in Hagen Schonebeck-Essen gegen Gerresheim-Düsseldorf, am 7. August in Magdeburg Fermersleben-Magdeburg gegen den Sieger des Berliner Spieles. Die Sieger des Hagener und Magdeburger Spieles kommen dann voraussichtlich am 21. August in das Entscheidungsspiel.

Wird Fichte-Süd (Berlin) den Titel erfolgreich verteidigen? In ganz überzeugender Art war es ihnen möglich, Ponarth-Königsberg 10 : 4 aus dem Rennen zu werfen. Fichte-Nord-Berlin wurde in einem sehr hart durchgeführten Treffen von Vorwärts-Eilenburg 7 : 10 ausgeschaltet. Dieskau-Halle konnte in einem grandiosen Spiel Vorwärts-Eilenburg ganz knapp 9 : 8 niederringen. Am 23. Juli wird sich entscheiden, ob Fichte-Süd oder Dieskau-Halle an den weiteren Spielen beteiligt ist. Den Spielberichten nach müßte es Fichte-Süd schaffen, die Eilenburg in einem Freundschaftstreffen 8 : 5 bezwingen konnten. Als Vorspiel steigt bei dieser Veranstaltung ein Jugendspiel zwischen Fichte-Köpenick und Fichte-Tegel. Beide Mannschaften haben sich im Kampf um den Landesmeister Berlin-Brandenburg schon zweimal gegenübergestanden und erreichten jedesmal mit 3 : 3 und 7 : 7 ein unentschiedenes Resultat. Nicht nur die Sportpresse, sondern auch die Tagespresse stellte fest, daß die Jugendspiele bei den Landesmeisterschaftsveranstaltungen die besten Spiele waren.

Die Parole für jeden werktätigen Sportler heißt darum:

Am 23. Juli zum Vorentscheidungsspiel um die Handball-Reichsmeisterschaft nach dem Lichtenberg-Sportplatz Bornitzstraße.

Fußball in Neukölln

Heute, **Donnerstag, 14. Juli,** steigt im Rahmen der Jubiläumswoche des Neuköllner Ballspiel-Clubs 1922 ein interessantes Fußballtreffen auf **Platz 5 im Sportpark Neukölln.** Es spielen zwei Kombinationsmannschaften, zusammengestellt aus den besten Spielern der Neuköllner Vereine. Beginn 18 Uhr. Vorher Schüler: NBC. 1—Kreuzberg 1.

W 1218

BERLIN-CHLBG.
WILMERSDORFER STRASSE 113-114

F. W. WOOLWORTH CO G.M.B.H.

Wir eröffnen ...

am Freitag, den 15. Juli 1932 einen neuen Laden:

BERLIN-CHARLOTTENBURG
WILMERSDORFER STRASSE 113-114

Wir beehren uns, Sie zur Eröffnung dieses Ladens, mit zwangloser Besichtigung und Konzert, Freitag, den 15. Juli von 2 – 6 Uhr nachmittags ergebenst einzuladen.

Am Eröffnungstage findet kein Verkauf statt. Dieser beginnt erst am nächsten Tag, Sonnabend, den 16. Juli, ab 9 Uhr vormittags.

F. W. WOOLWORTH CO G.M.B.H.

„Deutschland faschistenrein gemacht!“

„Dem verfaulenden Kapitalismus eine Medizin geben, an der er krepiert!“

Aus der Wuppertaler Kampfrede des Genossen Thälmann

Durch blutigen Terror will die SA. von der Notverordnungspolitik des Papen-Kabinetts ablenken. Durch Terror versucht der Faschismus, seine Tolerierungspolitik gegenüber dem Kabinett der Trustherren, Junker und Generale zu verdecken.

Mit Recht haben die Arbeiter die wieder erlaubten braunen Uniformen „Notverordnungsjacken“ und „Salzsteuerhemden“ getauft.

Durch die Tolerierungspolitik der NSDAP. werden reaktionäre Anschläge gegen alle Arbeiter und Arbeiterinnen, gegen den werktätigen Mittelstand und besonders gegen die proletarische Jugend durchgeführt. Keine Nazilüge kann die Tatsache aus der Welt schaffen, daß die NSDAP. das Papen-Regiment und damit seine reaktionären Anschläge gegen die Werktätigen toleriert.

Ueberall, wo die Massen stehen, werden wir sie im Kampf gegen das Unternehmertum, den Faschismus und die Kriegstreiber in Bewegung bringen, um das Lebensinteresse unserer Klasse, das auch die Verteidigung der Sowjetunion in sich einschließt, gegen alle Angriffe des Faschismus und Kapitalismus zu verteidigen.

Die Papen-Regierung will, je höher die Kommunistische Partei das Sturmbanner der Antifaschistischen Aktion erhebt und Millionenmassen der Geknechteten ihrem Rufe folgen, diese Partei verbieten. (Pfuirufe.)

Wir aber sagen, daß man mit SA.-Terror und rigorosen Verbotsmaßnahmen, mit sozialdemokratischen Polizeierlassen, mit allen Maßnahmen der Unterdrückung unserer marxistischen Massenbewegung, die revolutionäre Kraft des Proletariats und der Millionen Antifaschisten, eben weil wir unseren Kampf mit Zähnen und Klauen weiterführen, niemals ertöten kann. (Bravo, großer Beifall.)

Drei Hauptfronten!

An drei Hauptfronten muß die Antifaschistische Aktion mit ihrem Angriff gegen die Klassenfeinde des Proletariats einsetzen.

Gegen jeden Lohn, Gehalts-, Unterstützungs- und Rentenabbau ist mit Streik zu antworten, die Waffen des politischen Massenstreiks zu schärfen, um durch ihn und den Generalstreik die Papen-Herrschaft zu beseitigen.

Gegen den Blutterror der braunen Mordpest ist in allen Arbeitervierteln, in allen Betrieben und an allen Stempelstellen der rote Massenselbstschutz zur geschlossenen Offensive gegen die Hitlersche Systemarmee zu mobilisieren.

Gegen die Front der Kriegshetzer und Kriegsprovokateure ist die Front des revolutionären Antikriegskampfes, eine lebendige Mauer zur Verteidigung der Sowjetunion aufzurichten.

Wie stellt sich die SPD. die Einheit vor?

Sie stellt uns Bedingungen, um die Einheit zu zerschlagen, sie verlangt von uns „Burgfrieden“ und die Einstellung der „Beschimpfungen“ gegen die SPD.-Führer.

Wir würden uns als revolutionäre Partei aufgeben, der deutschen Arbeiterklasse einen Faustschlag ins Gesicht versetzen, würden wir auf diese Bedingungen eingehen. Denn was bedeuten sie?

Wir sollen darüber schweigen, daß die SPD. mit jeder Tolerierung Brünings das Schwert des Faschismus schärfte?

Wir sollen darüber schweigen, daß die SPD. mit jeder Duldung der Notverordnungen den Marxismus diskreditierte und Millionen Menschen in die Arme der Nazis trieb?

Wir sollen darüber schweigen, daß diese SPD. die Zustimmung zum Lohnraub, ein Sargnagel für das Proletariat, gab und dadurch den Angriffsmut der faschistischen Unternehmer von neuem anstachelte?

Wir sollen schweigen, kritiklos hinnehmen, wenn SPD.-Polizeipräsidenten unsere Versammlungen verbieten, die SA.-Banditen aber aufmarschieren lassen?

Wir wären nicht wert, die Partei Lenins und Liebknechts genannt zu werden, würden wir auf Grund der Annahme solcher schmachvollen Kapitulationsbedingungen den SPD.-Führern Hilfsdienste leisten bei der Unterstützung des faschistischen Papen-Kabinetts.

Könnt ihr euch vorstellen, daß in Moskau und Leningrad und in anderen russischen Städten bewaffnete Weißgardisten aufmarschieren? Nein, die Arbeiter haben dort die Waffen in den Händen.

Der Fünfjahrplan hat die Fundamente des sozialistischen Aufbaus gelegt und im zweiten Fünfjahrplan werden die letzten Reste der parasitären kapitalistischen Elemente vernichtet und wird der Aufbau der klassenlosen Gesellschaft beginnen. Diesen Weg wollen wir auch in Deutschland beschreiten.

Und darum können wir nie einen Burgfriedenspakt mit der Sozialdemokratie schließen, mit einer Partei, die der Arzt des kranken Kapitalismus sein will. Denn wir wollen dem verfaulenden Kapitalismus eine Medizin geben, an der er krepiert: wir wollen sein Totengräber sein.

Die Bedeutung des 31. Juli

Wieder lügt die Sozialdemokratie, am 31. Juli falle die „Entscheidung gegen den Faschismus“. Wir Kommunisten, die einzigen Führer der Antifaschistischen Aktion, die einzigen Marxisten in Deutschland erklären euch:

Nicht an der Wahlurne, nicht durch Parlamentsmandate fällt die Entscheidung, ob in Deutschland die faschistische Diktatur errichtet wird. Nur die zusammengeballte Millionenkraft der kampfbereiten Antifaschisten in Stadt und Land, nur durch Streik gegen Lohnabbau, durch Erwerbslosenkämpfe gegen den Unterstützungsabzug, nur durch den unerschrockenen Massenselbstschutz, nur durch die Organisierung und Durchführung von Streiks gegen die Herstellung und den Transport von Kriegsmaterial, wird die Aufrichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland, wird ein neues Weltgemetzel der Imperialisten verhindert werden. Gerade um diesem Willen zur außerparlamentarischen Antifaschistischen Aktion Ausdruck zu verleihen, rufen wir euch zu:

Keiner darf am 31. Juli von der Wahlurne fernbleiben, alle müssen Kommunisten wählen! Die KPD. ist die Partei der Antifaschisten, die Partei der revolutionären Tat! Im außerparlamentarischen Massenkampf mit Liste 3 schlagt die faschistische Kumapnei.

Deswegen appellieren wir an die klassenbewußten freigewerkschaftlichen Arbeiter, an die Kameraden des Reichsbanners, an alle unorganisierten Arbeiter, an jeden einzelnen aus der Millionenarmee der Jugend, aus den Massen der werktätigen Frauen, alle Kraft eingesetzt, um das Ziel der Nazis, Deutschland marxistenrein zu machen, d. h., alle revolutionären Arbeiter an die Laterne zu hängen, zu verhindern.

Wollen die Nazis Deutschland marxistenrein machen, so ist der Kampfruf der Antifaschistischen Aktion der, wir wollen Deutschland faschistenrein machen und es reinigen von den kapitalistischen Banden und der braunen Mordpest. (Brausender Beifall.)

Die gewaltige Mehrheit im werktätigen Volke, das Proletariat, das bereits in der Sowjetunion Beispiele seiner marxistischen Regierungskunst gegeben hat, das auch in Deutschland ein starkes Machtbewußtsein entfaltet, das Proletariat soll im Bunde mit den werktätigen Bauern unter der Hegemonie des ersteren regieren über die Minderheit, über die Finanzgewaltigen, das will die KPD., das will die Antifaschistische Aktion.

Unser Marschruf ist, nur vorwärts, niemals rückwärts!

Das Sturmbanner der Antifaschistischen Aktion machtvoll in allen Straßen, in allen Betrieben und an allen Stempelstellen entfaltet, das revolutionäre Kampfbündnis mit allen sozialdemokratischen Arbeitern gegen den Faschismus geschlossen, die werktätige Jugend, die Millionen Frauen vor die Front!

Die Antifaschistische Aktion unter Führung der KPD. will und wird in ganz Deutschland jene große Kampfarmee schaffen, die versteht, russisch zu sprechen, russisch zu kämpfen und russisch zu siegen. (Langanhaltender, stürmischer Beifall. Händeklatschen, die Massen erheben sich begeistert und mehr als 50 000 singen unser stolzes Kampflied, die Internationale.)

Soldaten rufen: „Es lebe der Streik!“

Rote Fahnen an den Lastwagen des Militärs im belgischen Streikgebiet — Streikverbreiterung

Brüssel, 13. Juli. Der Massenstreik erfaßt immer weitere Gebiete. Das Steinkohlengebiet von Soignies wurde stillgelegt. In Nivelle (Provinz Brabant) werden alle Betriebe bestreikt, desgleichen im Hochland von Hervé. In Turnhout (Provinz Antwerpen) verlassen die Arbeiter die Fabriken. Die Hafenarbeiter von Antwerpen haben Streikabstimmung beschlossen. In Brüssel sind technische Werkstätten und Schuhfabriken in die Streikfront einbezogen worden.

Als in Marchienne Soldaten gegen die Streikenden eingesetzt wurden, verweigerten die Soldaten den Gehorsam und verbrüderten sich mit den Kämpfenden. Demonstrierende Frauen hißten ihre roten Fahnen auf den Lastautos der Soldaten. In Montignies weigerten sich die Soldaten, auf die Streikenden zu schießen. Im Zentralen Bergbaurevier stimmten die Soldaten in den Ruf der Arbeiter: „Es lebe der Streik“ ein.

Der Brüsseler sozialdemokratische „Peuple“ bringt als eine der Hauptlosungen „Contre les Emeutiers!“ („Gegen die Aufrührer!“) Seine Streikberichte sind eine einzige Hetze gegen die Kommunisten. Der Generalstreikbeschluß wurde noch nicht herausgegeben. Im Parlament erklärte Ministerpräsident Renkin unter dem Beifall der Reformisten, er werde versuchen, die Streikenden durch die „Einsetzung einer Kommission zur Prüfung der Vierzigstundenwoche zu beruhigen“. Unter dem Eindruck des Massenstreiks wird an der Börse in Lüttich nicht mehr gehandelt.

Granitene Massenstreikfront in Belgien!

Aufruf des Europäischen Sekretariats der Roten Gewerkschaftsinternationale und des Internationalen Komitees der Bergarbeiter zur aktiven Solidarität

An die Arbeiter Belgiens, an die Arbeiter aller Länder!

Der Kampf in Belgien hat die größte prinzipielle Bedeutung nicht nur für die Bergarbeiter Belgiens, sondern für die ganze Arbeiterklasse dieses Landes und für die Arbeiterklasse aller Länder. Aus dem Streik der 12 000 ist der Streik der Bergarbeiter ganz Belgiens geworden, ihm haben sich zehntausende Arbeiter anderer Kategorien angeschlossen. Von Stunde zu Stunde zieht der Streik immer breitere Arbeiterschichten in seinen Bereich.

Mit den Angriffen auf die Bergarbeiter leiteten die Unternehmer überall ihre Offensive auf die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse ein. Die Ausbeuter glauben, wenn sie die Bergarbeiter niedergeworfen haben, werde es ihnen leichter gelingen, auch die übrigen Arbeiterschichten unter ein schärferes Joch der Ausbeutung zu zwingen. Darum werden seitens der Unternehmer gegen die Bergarbeiter die schärfsten Mittel angewendet. Die Kohlenbarone wollen schnell und entscheidend den Widerstand der Kumpels brechen. Das sehen wir in fast allen Kämpfen der Bergarbeiter. Diese wachsen sich darum auch rasch zu Kämpfen von größter politischer Bedeutung aus. Wir erinnern an die großen Kämpfe der Bergarbeiter vergangener Jahre in England, Frankreich und Deutschland und in letzter Zeit an die Bergarbeiterkämpfe in Polen, in der Tschechoslowakei und in den Vereinigten Staaten. Setzen sich die Bergarbeiter zur Wehr, dann kommt der kapitalistische Staat mit Belagerungszustand, Verboten, Gendarmerie und Militär. Das war in den letzten Monaten der Fall in den USA., in Polen, in der Tschechoslowakei und das ist jetzt so in Belgien.

So wie die Imperialisten überall und mit allen Mitteln wieder den Krieg vorbereiten, so wenden sie überall gegen die um ihre Lebensexistenz kämpfenden Arbeiter brutale Gewalt an.

Wie in allen großen Kämpfen der Arbeiter spielen auch im Kampf der belgischen Bergarbeiter die reformistischen Führer eine hinterhältige Rolle.

Ohne die Arbeiter zu fragen, schlossen sie mit den Grubenherren eine Konvention auf einen neuen Lohnraub von fünf Prozent.

Sie riefen zu einem Protestgeneralstreik auf, um damit den Kampf auf der ganzen Front zu liquidieren. Inzwischen verhandelte Delattre weiter mit den Unternehmern auf Abbruch des Kampfes. Dabei ist er bereit, um den belgischen Bergarbeitern den 5prozentigen Lohnraub schmackhaft zu machen, in verräterischer Weise 5000 ausländische Bergarbeiter aus der Arbeit und aus Belgien zu vertreiben. Dieser Trick hat den Zweck, bei den belgischen Arbeitslosen die Illusion zu erwecken, sie erhielten dadurch Arbeit und die einheitliche Front der Arbeiter zu sprengen.

Die Arbeiter durchschauten aber den klug ausgesonnenen Plan der streikbrecherischen Führer und machten ihn trotz Einsetzen von Polizei, Militär, Verhängung des Belagerungszustandes und Verhaftung der revolutionären Führer der Arbeiter zunichte. Die Arbeiter verboten Delattre, in ihrem Namen zu verhandeln.

Mit der Ausdehnung des Streiks ist auch das Proteststreikmanöver der reformistischen Führer zusammengebrochen. Doch die Gefahr des Verrats des Streiks durch die reformistischen Führer bleibt nach wie vor eine große. Vielfach wurde mit Erfolg von den reformistischen Führern die Methode angewendet, mit radikalen Worten an die Spitze von Streiks zu treten, um sie zu verraten. Das haben sie bei den Bergarbeiterkämpfen in Frankreich, in England, in Polen, in Amerika gemacht und das werden sie auch in Belgien versuchen.

Es gibt nur eine Sicherung gegen den Verrat, wie es nur eine Sicherung für den Sieg gibt. Die Arbeiter dürfen sich die Führung des Streiks von den reformistischen Führern nicht aus den Händen nehmen lassen. Sie müssen die Einheitsfront in jedem Betrieb und von Ort zu Ort schaffen.

Keine Grube ohne eine von den Arbeitern gewählte Streikleitung, kein Ort ohne Streikleitung, kein Revier ohne Streikleitung, kein Revier ohne Streikleitung. Kein Arbeiter, keine Arbeiterfrau, kein jugendlicher Arbeiter darf der Einheitsfront fernbleiben. Ueberall muß ein Massenselbstschutz für den Streik errichtet werden. Jetzt müssen sich alle belgischen Arbeiter dem Streik mit ihren eigenen Forderungen anschließen. Den Unternehmern und den reaktionären Gewalten gegenüber muß die kämpfende Einheitsfront gestellt werden, dann wird die Reaktion auf Granit beißen.

Der Streik geht nicht nur um die bescheidenen ökonomischen Forderungen der Arbeiter, er geht um die Sicherung von Brot, Arbeit und Freiheit.

Der Belagerungszustand muß fallen, heraus mit Polizei und Militär aus den Kampfgebieten, volle Streikfreiheit, Aufhebung aller den Arbeiterkampf beschränkenden Gesetze und Maßnahmen. Heraus vor allem mit allen Verhafteten.

Die Streikenden müssen kategorisch von den Gemeinden die Ernährung aller kämpfenden Arbeiter und ihrer Angehörigen fordern, sie müssen selbst mit Hand anlegen an die Organisierung und Ernährung aller Kämpfenden.

Die Arbeiterschaft der umliegenden Länder muß den belgischen Kampf nicht nur mit Sympathie betrachten. In Zehntausenden von Versammlungen müssen die Arbeiter der anderen Länder materielle und moralische Unterstützung der Streikenden beschließen. An den Grenzen Belgiens müssen die Arbeiter der anderen Länder in Grenzmeetings auftreten. Aus England, Deutschland, Frankreich, Holland und anderen Ländern muß die Kohleneinfuhr nach Belgien verhindert werden.

Nur eine aktive Solidarität hilft dem kämpfenden belgischen Proletariat wirklich. Das belgische Proletariat braucht die aktive Hilfe aller ehrlichen klassenbewußten Arbeiter. Diese muß in Stadt und Land organisiert werden.

Es lebe der Kampf und Sieg des belgischen Proletariats!

Es lebe die internationale Solidarität der Arbeiter aller Länder mit den Streikenden in Belgien.

Europäisches Sekretariat der RGI.
Internationales Komitee der Bergarbeiter.

AEG.-Direktion begünstigt die Nazizellen in den Werken

Rote Einheitsfront in AEG.-Turbine formiert sich

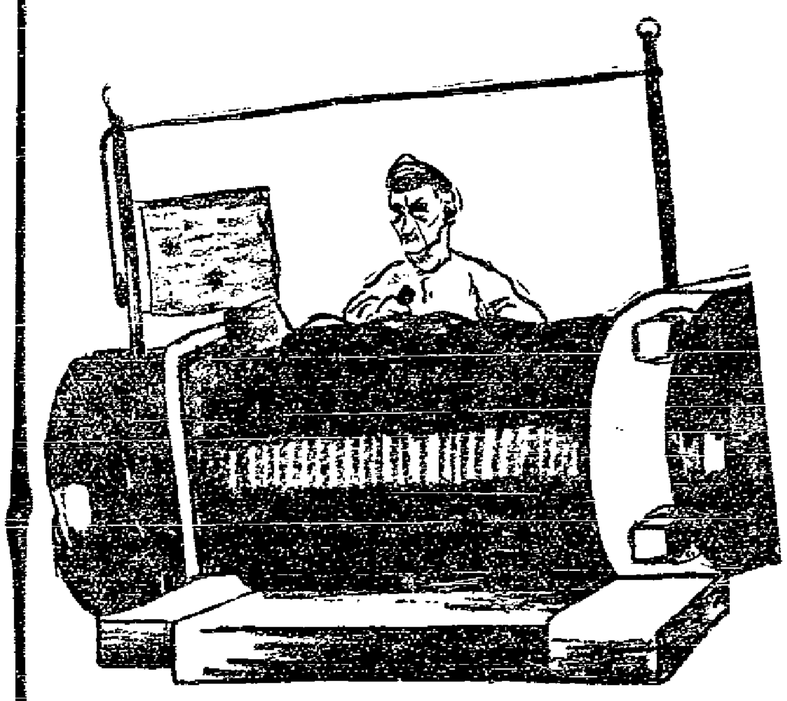
Reformistische Betriebsräte lehnen rote Einheitsfront ab, Angestelltenrat schließt sich an — Nazizelle in der Turbine

(Arbeiterkorrespondenz)

Der Wille zur Einheitsfront gegen den Faschismus hat alle Schichten der werktätigen Bevölkerung erfaßt. Der Mordterror, den die SA.- und SS.-Kolonnen gegen die Arbeiterschaft durchführen, zwingt auch die SPD.-Arbeiter praktisch zur Frage der Einheitsfront Stellung zu nehmen. Die Kommunistische Partei hat offen erklärt, daß sie ohne Bedingungen mit allen Arbeitern und allen Organisationen, die gewillt sind, gegen den Faschismus zu kämpfen, die Einheitsfront schließen will.

Sie lehnen ab

Wie in einer großen Zahl von Betrieben, haben auch die roten Funktionäre der AEG.-Turbine ein Einheitsfrontangebot an die freigewerkschaftlichen Betriebsräte und Funktionäre gerichtet. Neben betrieblichen Forderungen war als Hauptpunkt



Wir AEG.-Proleten wählen nur Kommunisten, Liste 3!

der Kampf gegen den Faschismus darin enthalten. In einer Betriebsratssitzung haben wohl zwar die SPD.-Betriebsräte die Gefahr des Faschismus besonders betont, haben aber die praktischen Konsequenzen: **Herstellung eines gemeinsamen Aufrufs an die Belegschaft, Einberufung einer Betriebsversammlung und Wahl eines Einheitskomitees abgelehnt und damit zum Ausdruck gebracht, daß sie praktisch gegen die Einheitsfront sind.**

Trotz alledem formiert sich die rote Einheitsfront

Anders die Vertreter der Angestellten, die sich in der Diskussion (natürlich mit Ausnahme des Nazis) für die Vorschläge der roten Betriebsräte eingesetzt haben. Durch das Vorhandensein einer Nazizelle im Betrieb erkennen eben die Angestelltenräte schneller die faschistische Gefahr im Betrieb. **Das von der NSDAP. herausgegebene Rundschreiben, jeden marxistischen Funktionär mit Namen und Adresse festzustellen und möglichst zu photographieren, war mit ein Grund für die Angestelltenvertreter, mit uns die Einheitsfront herzustellen.**

Wir betonen mit aller Schärfe, daß wir die Forderungen der SPD.-Betriebsräte, bis zur Reichstagswahl einen sogenannten Burgfrieden zwischen KPD. und SPD. herzustellen, die arbeiterfeindliche Politik der SPD.-Führer als das kennzeichnen, was sie ist, unterlassen sollen, ablehnen werden. Denn die SPD.-Führer wollen nicht die Einheitsfront und durch das Verbot der SPD.-Leitung, keinerlei Bindungen der unteren Organe mit den kommunistischen Arbeitern einzugehen, ist das besonders bestätigt worden.

Die Arbeiter der AEG.-Turbine — ob SPD., KPD. oder parteilos — sind für die Einheitsfront. Das kommt dadurch zum Ausdruck, **daß in der Versammlung, die am Dienstag, dem 28. Juni, nach Arbeitsschluß im Betrieb stattgefunden hat, ein großer Teil SPD.- und freigewerkschaftlicher Kollegen anwesend waren. Zum Antifaschistischen Kongreß am Sonntag, dem 10. Juli, waren drei freigewerkschaftliche, ein parteiloser und ein SPD.-Kollege delegiert.**

Terror und Hunger

Wir sagen den SPD.-Betriebsräten in aller Freundschaft: durch das Verhindern der einheitlichen Aktion im Betrieb und den Bericht im „Vorwärts" besorgt ihr die Arbeit der Unternehmer, die dadurch ermuntert werden, mit Repressalien gegen die Arbeiterschaft vorzugehen. Die Entlassung unseres Kollegen Paul Walter in Hennigsdorf ist ein Beispiel dafür.

Wir fragen alle Kollegen im Betrieb, ob wir nicht allen Grund haben, uns gegen die Unternehmerangriffe zu rüsten! Die Arbeitsverhältnisse in der Turbine sind die denkbar schlechtesten. **Fast bei jedem zweiten Arbeitsstück werden die Akkordpreise heruntergesetzt. Arbeiter, die 2 und 3 Tage arbeiten, haben gerade für einen Tag Geld. Durch das mörderische Hetztempo und den Kampf mit der Kalkulation um jeden einzelnen Pfennig werden die Arbeiter bis zum Weißbluten ausgepreßt. Der Sparsimmel ist bei den maßgebenden Stellen so stark ausgeprägt, daß wegen Lieferung von einigen Stangen Eis in der Gluthitze tagelang gebohrt werden muß.**

Her zu uns!

Nicht nur die drohende faschistische Gefahr, sondern auch unsere unerträgliche Lage verlangt die stärkste Kampfstellung der gesamten AEG.-Arbeiterschaft gegen die deutsch-amerikanischen Ausbeuter und ihre Mordtrabanten, die Faschisten. **Wir müssen die sozialdemokratische Sabotage brechen und ein betriebliches Einheitskomitee schaffen, das aus allen Teilen der Belegschaft zusammengesetzt ist. So beginnt der Kampf gegen Faschismus und Unternehmerwillkür. Kolleginnen und Kollegen, verteidigt die von der Bourgeoisie bedrohte KPD., mobilisiert die Arbeiterschaft im AEG.-Konzern und wählt am 31. Juli die einzige Partei, die die Interessen der Proletarier vertritt und dafür kämpft, die KPD., Liste 3!**

Owen Young für NSDAP.

Wie arbeitet die Nazizelle im KWO. — Die Belegschaft vom KWO. gegen Faschismus — Die Arbeiterinnen und Arbeiter werden vor Hitze ohnmächtig

(Arbeiterkorrespondenz)

Die soziale Lage der AEG.-Arbeiter, insbesondere im Kabelwerk Oberspree, kann schon als unerträglich bezeichnet werden. Nicht nur durch direkten Lohnabbau, sondern auch durch jahrelange Kurzarbeit, genügen die Löhne nicht mehr zum Leben. **Es ist geradezu rätselhaft, wie die Kollegen, die doch fast ausnahmslos Familienväter sind, mit 12, 17 oder 23 Mark pro Woche sich durchhungern. Kulturelle Bedürfnisse gehören bei den AEG.-Arbeitern in das Reich der Märchen, die Kleidung ist zerlumpt und es ist keine Hoffnung vorhanden, neue Sachen anzuschaffen.**

Es paßt in diesen Rahmen hinein, wo so tüchtig gespart wird, daß Garderobe und Bedürfnisanstalten manchmal in einer Verfassung sind, wie man sie sich kaum bei den Zulufassern vorstellen kann. **Im Sommer wurden früher die Glasdächer gestrichen, um die Wirkungen der Sonnenstrahlen auf die in den Hallen arbeitenden Kollegen zu absorbieren. Heute ist dafür kein Geld mehr vorhanden. Es macht nichts, wenn hin und wieder bei der Hitze eine Kollegin oder ein Kollege ohnmächtig wird, schließlich hat doch das KWO. einen Sanitätsdienst.**

Doch scheint der durch Herrn Owen Young beherrschten AEG.-Direktion die AEG.-Arbeiterschaft noch nicht genügend ausgebeutet. Der Werksfaschismus unter Führung der nationalsozialistischen Betriebsleiter und Oberbeamten erfreut sich der offiziellen Unterstützung der Direktionen. Ganz besonders im Kabelwerk Oberspree.

Diese Nazi-Betriebsleiter und -Oberbeamten agitieren offen für die NSDAP. und versuchen, die von ihnen mehr oder weniger abhängigen Arbeiter unter wirtschaftlichen Druck in die NSDAP. zu zwingen. Zellensitzungen dieser Herren finden nach Bedarf während der Arbeitszeit mal in diesem, mal in jenem Büro statt. Telephon und Hauspost stehen zur Verfügung, um einen guten Nachrichtendienst im Werk und mit den Nachbarwerken durchzuführen.

Doch der gesunde Sinn, die revolutionären Traditionen des Werkes und unsere Agitation verhindern die Erfolge dieser Nazi-agitation **und die erdrückende Mehrheit der Belegschaft lehnt diese vornehmen Nazi-führer und den Faschismus ab.**

Die Versuche unserer führenden Genossen im Werk, mit den sozialdemokratischen Arbeitern und Funktionären eine Einheitsfrontbewegung gegen Naziterror und Lohnabbau zu entfalten, schienen zunächst erfolgreich zu sein. Aber die unerhörte Hetze des „Vorwärts" und die sabotierende Stellungnahme des SPD.-Parteivorstandes legten schwere Hindernisse vor diese Arbeit.

Trotz dieser Sabotageversuche wächst auch bei den sozialdemokratischen Arbeitern die Erkenntnis, daß zur Abwehr von faschistischem Terror und Lohnraub und für Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter eine gemeinsame Front aller Arbeiter erforderlich ist. Die Bewegungen in den Abteilungen Lackdraht und Fmk I-Prüffeld berechtigen zu der Hoffnung, daß die sich anbahnende Einheitsfront sich nicht nur auf die Bekämpfung des Naziterrors beschränken wird, sondern auch zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage Maßnahmen ergreift, trotzdem daß die SPD.-Führer diese Bewegungen nur gegen die Nazis ausnutzen möchten.

Auch bei den Angestellten dämmert es. Die letzte Notverordnung hat den Nazisympathien einen starken Stoß versetzt, weil man allgemein der Meinung ist, daß die Papen-Regierung nichts ohne Hitler macht. **Besonders fällt diese erfreuliche Entwicklung bei den technischen Angestellten auf, von denen in letzter Zeit viele den Weg zur RGO. gefunden haben.**

Wir gehen trotz alledem vorwärts, weil die Arbeiter und Angestellten einsehen, daß ohne eine einige Belegschaft, ohne einen revolutionären Kampf gegen Notverordnungen und Faschismus dieses Elend noch vergrößert und die Belegschaft noch mehr entrechtet wird. **Darum sind auch die Sympathien für die KPD. ständig im Wachsen. Viele rote Wahlhelfer aus dem Kabelwerk Oberspree werden für die KPD., die Liste 3, die Belegschaft mobilisieren.**

Abgebauter AEG.-Angestellter mahnt

Ernste Worte an die Nazikollegen — Wie ein Sozialdemokrat Kommunist wird

(Angestelltenkorrespondenz.)

Vor kurzer Zeit beschäftigte sich die Arbeiterpresse mit dem Schicksal eines Angestellten der AEG.-Transformatorenfabrik, der aus wirtschaftlicher Not Selbstmord beging. Dieser Selbstmord zeigte, daß selbst Angestellte, die noch in Arbeit stehen, durch den Druck der Unternehmer und des kapitalistischen Staates am Leben verzweifeln. Jeder kann sich da nun leicht ein Bild machen über die geradezu verzweifelte Lage der erwerbslosen Angestellten, die ja nur auf die spärliche Unterstützung angewiesen sind.

Ich selbst war auch bis vor kurzem im Transformatorenwerk der AEG. als Angestellter beschäftigt und hatte eine Werkwohnung inne. Kurz nachdem ich erwerbslos wurde, sah sich die sonst so sozial tuende Firma veranlaßt, mich und meine Familie schnellstens aus der Wohnung hinauszuwerfen, mit der Begründung, daß ich als Erwerbsloser die Wohnung doch nicht bezahlen könne. Tatsache ist, daß ein Teil der Werkwohnungen schon seit Monaten leer stehen.

Nun mußte ich von Pontius bis Pilatus laufen, bis ich mit schwerer Mühe vom Wohlfahrtsamt in drei Raten so viel Geld bekam, um mir eine Laube zusammenschustern zu können, damit ich überhaupt ein Dach über dem Kopf habe. Daß unter solchen Umständen meine Lebensverhältnisse keine rosigen sind, brauche ich wohl nicht besonders hervorzuheben. Als Beispiel möchte ich nur erwähnen, daß ich in meiner Laube nicht einmal eine Kochmaschine habe. Von der Wohlfahrtsküche muß ich Tag für Tag für mich und meine Familie das fürstliche Essen holen. Vielleicht können mir die Herren Nationalsozialisten oder deren Freunde vom DHV., z. B. die Kolleden Bahnik und Negrassus, die so viel vom Standesbewußtsein der Angestellten faseln, einen guten Rat geben, wie ich beim Essenempfang in der Wohlfahrtsküche mein Standesbewußtsein wahren soll.

Mein Schicksal ist gewiß kein Einzelschicksal sondern der großen Masse der erwerbslosen Angestellten geht es nicht besser. Die Ideologie des Stehkragenproletariats, die in der Angestelltenschaft hochgezüchtet worden ist, trägt viel dazu bei, daß viele Angestellte aus ihrer schlechten Lage keinen anderen Ausweg sehen, als daß sie den Gashahn aufdrehen, oder zum Revolver greifen. Die von den Nationalsozialisten unterstützte Papen-Regierung zeigt durch ihre Taten den vielen tausenden Angestellten, die auf die Demagogie der Nazis hereingefallen sind, mit aller Deutlichkeit, wie es den Angestellten im „Dritten Reich" gehen wird. **Die Notverordnungen des Herrn von Papen, mit den Beschäftigtensteuern, mit den fast um ein Viertel abgebauten Erwerbslosenunterstützungen und die auf Kosten der Angestellten erfolgte Sanierung der Angestelltenversicherung, gibt uns allen eine Kostprobe davon, was wir in dem Nazi-paradies zu erwarten haben.**

Bis vor kurzer Zeit war ich begeisterter Anhänger der Sozialdemokratie. Meine Erfahrungen zeigten mir aber, daß die Illusion, den Kapitalismus durch das Parlament auf friedlichem Wege abzuschaffen, letzten Endes nur zur Irreführung der Arbeitnehmerschaft und zur Erhaltung der kapitalistischen Ausbeutung dient. Ganz deutlich zeigte dies die Tolerierungspolitik der SPD., die nicht einmal die parlamentarischen Mittel im Kampfe gegen den Kapitalismus ausnutzte. **Ich jedenfalls habe erkannt, daß nur der gemeinsame außerparlamentarische Kampf der Arbeiter und Angestellten unsere Lage verbessern kann. Allein der von der KPD. gezeigte revolutionäre Ausweg zeigt uns einen Lichtblick. Darum müssen alle Angestellten sich um die KPD. scharen und am 31. Juli die Liste der einzigen antikapitalistischen Partei, der KPD., Liste 3, wählen!**

Der Einkauf

Maxe: „Wir werden uns die Hitlerbande schon kaufen ..."
Karl: „Na, Maxe, denn jib man'n Groschen in die Büchse für die Antifaschistische Aktion."

Handgranate ohne Zünder

Marxismus, wie Bronnen ihn versteht

Bisher hat Goebbels in den jeweiligen Wahlkämpfen immer ganz allein für die dramatischen Höhepunkte der Propaganda gesorgt. Jetzt aber hat er offenbar einige handfeste SA.-Leute zu dem Schauspieler-Sondersturm „Handgranate" zusammenkommandiert und läßt nunmehr sie für die „künstlerische Umrahmung" seiner blutrünstigen Reden sorgen. Wenn sie sich auch den effektvollen Namen „Handgranate" zugelegt haben, so ist ihre Kunst doch nicht explosibler als ein Knallbonbon: man sitzt und wartet, was es nach dem Knall für eine Ueberraschung geben wird.

Zu den Autoren der „Handgranate" gehören Arnolt Bronnen und — Karl Marx. Hier wird es mit dem „Marxismus auf Welle 1000" einen Augenblick sehr ernst. Das muß vorweggenommen werden. Karl Marx am rotbehängten Rednerpult. Man kann ihnen für diese Verunglimpfung unseres Altmeisters nicht einmal zürnen. Denn vier Seiten aus dem „Kommunistischen Manifest" verlieren selbst dann ihre Wirkung nicht, wenn sie mit kleinen, geschickt hineinmontierten Fälschungen von einem SA.-Mann vorgelesen werden. Die klare, hämmernde Sprache gerade des „Manifestes" überragt das dumme Geschwätz all der deutschen Dichterlinge, die sonst zu Worte kommen, so turmhoch, daß am Ende der vier Seiten auch eine Naziversammlung sich der Gewalt dieser Worte nicht entziehen kann und zögert, ob sie Beifall spenden oder schweigen soll. Wenn man dieses Bild der „Handgranaten"-Revue „Aus der Werkstatt der Revolution" gesehen hat, ist man immun gegen die mit Händen und Füßen mauschelnden SA.-Leute, die jetzt versuchen, mit dem Juden auch gleich den Marxismus totzuschlagen.

Arnolt Bronnen putscht in die Revue mit einigen dramatisierten Szenen aus dem „Oberschlesischen Selbstschutz" hinein. Im übrigen beschränkte sich die „Handgranate" auf Ahasver-Deklamationen, SA.-Gesänge von den „knirschenden Zähnen im braunen Kleid" und auf die „Abenteuer des kleinen Cohn". Mit einem Riesenaufwand theatralischer Mittel werden Dinge gesagt, die man vergeblich nach ihrem politischen Kern durchforscht. Wenn ein SA.-Mann sein kerniges deutsches Maul mit einem schwarzen Knebelbart verjudet, die fnoozige Rechte auf einen magisch-gelb bestrahlten Globus legt und Ahasver um den Erdball hetzt, so könnte das höchstens bei dem aufgenordeten Arnolt Bronnen einige verdrängte Instinkte wachrufen, bleibt aber sonst ohne jede politische Wirkung. Auch der Schluß der Revue zeigt die absolute Unfähigkeit der Nazischauspieler, ihrem mimischen Aufwand ein politisches Ziel zu geben. Die politische Ideenlosigkeit der Bewegung überhaupt, die durch skrupellose Demagogie wettgemacht wird, muß in künstlerische Form umgesetzt, dieses ungenießbare Ragout ergeben.

Ec hat sich's überlegt

Ick komme von't Stempeln,
Denn bin ick so matt.
Ick jeh in de Küche,
Da wer' ick nich satt.
Jetzt roochert mir wieder,
Jeld hab ick keens.
Sing ick nu fromme Lieder,
Oder lej ick mir schlafen?

Jeh ick in'n Park,
Da treff ick Kollejen.
Die kiekon in't Blaue
Oder warten uff Rejen.
Viere spiel'n Karten,
Zwee andere Schach.
Aber alle warten,
Wodruff? — det wissen se nich jenau!

Orje verkooft Bananen:
Zwee Stück forn Jroschen.
Jestern hat'n een Schupo
Furchtbar verdroschen.
Die Meechens jehn uff'n Strich:
Zu fressen ha'm se ooch nischt.
Ob de Arbeet kriejst oder nich,
Det is de reenste Tombola.

Jestern kam'se mit ne Liste:
„Die Antifa braucht jetzt jeden Jenossen.
Ooch du mußt dir wehr'n.
Jestern ham se erst wieder eenen erschossen.
Wodruff wart'ste denn noch?
Uff Nazi, Republik oder Schwarzweißrot?
Die stehlen dir höchstens noch det Brot,
De Butter ham se dir doch schon jenommen!"

Det ha' ick mir überlecht.
Und denn bin ick hin:
Achtzehn Neue ham se uffjenommen.
Und nu bin ick in den Schutzstaffel drin.
Und uff mein Schakette,
Da traj ick mit Stolz
Die antifaschistische Plakette:
In eenem Kreis zwee rote Fahnen.

Andreas Plümm

Wir trommeln zur Antifaschistischen Aktion!

Unsere Versammlungen für die Liste 3 der Kommunistischen Partei

Rote Einheitsfront gegen SA.-Mordpest

Donnerstag, 14. Juli:

Atlantik-Säle, Behmstraße, 20 Uhr. Ref.: Gen. Wloch.

Lindenhof, Schöneberg, Ledigenheim, Eythstraße 37, 20 Uhr. Ref.: Aenne Leibbrandt.

Frankfurter Hof, Frankfurter Allee 313, 20 Uhr, Ref.: Genosse Willi Kasper.

Freitag, den 15. Juli:

Lichterfelde-Ost, Hertels Festsäle, Zehlendorfer Str. 5. Rote-Hilfe-Massenkundgebung. Referent: Gen. Dombrowski.

Pharussaal, Müllerstraße 142, 20 Uhr. Referent: Gen. Ganz.

Johann-Georg-Säle, Halensee, Johann-Georg-Straße, 20 Uhr. Referent: Gen. Heymann.

Kliems Festsäle, Hasenheide, 20 Uhr. Referent: Gen. Ende.

Beckers Gesellschaftshaus, Britz, Chausseestr. 96. Referent: Martha Pieiffer.

Hennigsdorf, Hauptstraße, Lokal Wolter, 20 Uhr. Referent: Fritz Lange, Stadtverordneter.

Erwerbslosenversammlungen

Donnerstag, 14. Juli:

Steglitz, Albrechtshof, 10 Uhr. Ref.: Vertreter des Bezirksausschusses.

Woltersdorf, Lokal Alemann, Bahnhofstraße, 14 Uhr. Ref.: Delegierter des Bezirkskongresses der Erwerbslosen.

Adalbertstraße 21, Lokal Wollschläger, 15 Uhr.

Freitag, 15. Juli:

Königswusterhausen. Demonstration um 6 Uhr.

Achtung! Gas-, Wasser-, Elektrizitäts- und Staatsbetriebe!

Freitag, den 15. Juli, 19 Uhr, in Bökers Festsälen, Weberstraße 17, Kundgebung aller Arbeiter und Angestellten der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, sowie der Angestellten und Beamten der Staatsbetriebe.

Referent: Erich Gentsch.

Arbeiterliteratur greift an!

Am Freitag, dem 15. Juli, öffentliche Verlosung im Karlsgarten, Neukölln, 18 Uhr. Aus dem Programm:

Ernst Schneller, MdR., spricht.
Johannes R. Becher liest aus eigenen Werken.

Musik. Schauspielerkollektiv. **Als Eintrittskarten gelten die Lose.**

Sowjetunion oder 3. Reich?

Donnerstag, den 14. Juli:

Oranienburg, Lokal Schützenhaus, 20 Uhr, öffentliche Versammlung des Bundes der Freunde der Sowjetunion. Referent: Dr. Flamo, der die Sowjetunion, Italien, Polen, Finnland usw., des öfteren bereist hat.

Charlottenburg, Eden-Palast, Kaiser-Friedrich-Straße 24, 20 Uhr, öffentliche Frauenversammlung. Helene Hilse spricht über ihre Eindrücke in der Sowjetunion.

Freitag, den 15. Juli:

Moabiter Gesellschaftshaus, Wiclefstraße 24, um 24 Uhr. Oeffentliche **Betriebsversammlung des Siemenskonzerns.** Referent: Dr. Flamo über „Sowjetunion oder 3. Reich".

Betriebsversammlung der IAH.

Donnerstag, den 14. Juli:

Betrieb Adrema nach Betriebsschluß im Lokal Kiese, Moabit, Beusselstraße 3. Referent: Erich Lange, Landesleiter der IAH.

Betrieb Kopp u. Cie. und alle Asphaltfirmen Moabits nach Betriebsschluß im Lokal Oehlerts, Moabit, Reuchling- Ecke Erasmusstraße. Referent: Herbert Schemel. (Rechenschaftsbericht über die durchgeführte Hilfsaktion der IAH. während der Streiks wird vorgelegt.)

Freitag, den 15. Juli:

Betrieb Kaß u. Weinstock, um 5½ Uhr, im Rosenthaler Garten, Rosenthaler Str. 14. Referent: Toni Hiller.

Die Wald- und Wiclefstraße

versammeln sich heute im Moabiter Gesellschaftshaus um 19.30 Uhr. Thema: „Gegen Mietwucher, gegen Faschismus — für Antifaschistische Aktion". Referent: Jurr, Reichsleiter des revolutionären Post- und Telegraphenarbeiter-Verbandes.

Freitag: Hermsdorf

Am Freitag, dem 15. Juli, 20 Uhr, im Lokal Seebad, Seestraße 14, öffentliche Frauenversammlung.

Frauen demonstrieren am 20. Juli!

Die für Freitag, den 15. Juli, vorgesehenen Frauendemonstrationen im Rahmen der Antifaschistischen Aktion wurden für eine Reihe von Unterbezirken polizeilich nicht genehmigt.

Alle bereits veröffentlichten Treffpunkte für die Frauendemonstrationen bleiben bestehen, aber der **Tag der Demonstration wird auf Mittwoch, den 20. Juli, verlegt.**

Mieter-Rechtsauskunft

Der „Zentrale Mieterausschuß Groß-Berlin" gibt in allen Fällen mündliche unentgeltliche Mieterrechtsauskunft jeden Montag und Donnerstag von 7 bis 9 Uhr im Lokal Schlecht, Alexanderstraße 10.

Drei Groß-Sammel- und Werbetage der Roten Hilfe

3000 in Kerkern!
Kampf dem faschistischen Terror!
Her mit der Vollamnestie!

Am 15., 16. und 17. Juli — Uebt Solidarität!

Internationale Kundgebung der Antifaschistischen Aktion

Gegen Krieg, Hunger und Faschismus
Freitag, den 15. Juli:
im Lokal Viktoria-Garten, Wilmersdorf, Wilhelmsaue.

Referent: Willi Kasper, M. d. L.

Es werden Genossen über den Faschismus in Italien, Polen und Bulgarien sprechen. Musik. Rezitationen.
Arbeiter Berlins! In Massen heraus!

UNSERE TOTEN

Die Beerdigung des bei einem Zusammenstoß mit Nazis erschlagenen Genossen

Adolf Kubath

findet am 14. Juli, um 14.30 Uhr, in Marzahn, Friedhof, statt.

Die Rote Hilfe ruft die Berliner Arbeiterschaft auf, durch zahlreiche Beteiligung ihrer Empörung gegen dieses neue Naziverbrechen Ausdruck zu geben.

VOLKSBÜHNE
Theater am Bülowplatz
8½ Uhr
Geld ohne Arbeit

PLAZA
5 u. 8¹⁵ Sgz. 2, 5, 8¹⁵
Nur noch 3 Tage!
Ein Walzerstraum

Lebensmittel
10 Eier von 38 Pfennig an. Oelsardinen Dose 14 Pf. Dose 5 Fische. Folger, Prinzenstr. 101.

Eßfische geräucherte und frische. Stets frisch bei Eugen Harnoch, Lynarstraße 36.

Besohlanstalten
Garantie-Beschlung. Beste Ausführung. Annahme von Wohlfahrtsscheinen. Anzengruberstraße 14, Ecke Kaiser-Friedrich-Straße.

Brennmaterialien

Holz- und Kohlenhandlung Georg Sacmilow, Spandau, Hallenser Str. 11, Ecke Ackerstraße.

Bekleidung
Wenig getragene, fast neue Herrenmäntel zu jedermann erschwinglichen billigen Preisen, Anzüge, Taillenmäntel, Paletots, Frack-, Smoking- und Gehrockanzüge, Hosen, Gelegenheitskäufe in neuer Garderobe, Damenmäntel. Weitester Weg lohnend. Lothringer Straße 56, 1 Treppe (Rosenthaler Platz).

Fahrräder
Teilzahlung! Monatsraten 10.-, Wochenraten 3.-. Wanderer, Göricke, Opel, Dürkopp, Miller, Sport-, Renn- u. Tourenräder 55.- an, Ballon 68.-. Gebrauchte von 10.- an. Klein, Charlottenburg, Kaiserdamm 62.

Ballonräder
Riesenauswahl, allerbilligst. Opelchromballon, Diamantballon, Continental, Wanderballon, Expreßballon, Multiplexballon, Monopolballon, Mitteballon, Brennaborballon, Teilzahlung 10.- monatlich. Spezialräder 35.- u. 45.- M. Schlaue, Weinmeisterstr. 4

Möbel
Herrenzimmer 175—750, Klubtische 9.50, Kameling, Kastanienallee 56, Ecke Fehrbelliner Str.

Vermischtes
Fahren aller Art werden billig gefahren. Brump Boeke, Spandau, Seeburger Straße 7.

Redegewandte Genossen
für eine ständige Anzeigenwerbung gesucht. — Bei intensiver Tätigkeit gute Verdienstmöglichkeiten. Meldungen: Freitag, den 15. Juli, zwischen 12—2 Uhr im Lokal Schulz, Elisabethstraße 30 (Alexanderplatz)